

**Opposition und Widerstand in der DDR:
Zur Analyse geschichtspolitischer Auseinandersetzungen
in der Enquete-Kommission
„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in
Deutschland“**

Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Steinbach
Zweitgutachter: Dr. Edgar Wolfrum

vorgelegt von Isabel Fannrich

Berlin, August 1997

Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor *uns* erscheint, da sieht *er* eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.

Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	3
II.	Geschichtspolitik	10
III.	Die Struktur der Enquete-Kommission	21
	1. Die Enquete-Kommission als politische Institution	
	1.1. Hintergrund, Entstehung und Zusammensetzung	
	1.2. Aufgaben und Ziele	
	1.3. Arbeitsweise	
	2. Das Thema Opposition und Widerstand:	30
	Die Bedeutung der Begriffsdefinition	
	2.1. Entstehungsgeschichte und Arbeit	
	2.2. Die Berichterstattergruppe	
	2.3. Die Expertisen	
	2.4. Die Öffentlichen Anhörungen	
	2.5. Der Bericht	
IV.	Die Argumentationsstrukturen	44
	1. Die Debatte um den Begriff	
	1.1. Einordnung der Begriffe Opposition und Widerstand	
	1.2. Die Begriffsvielfalt in der Enquete-Kommission	
	1.3. Das politische System als Argument für die Begriffsbestimmung	
	1.3.1. Der parlamentarische Oppositionsbegriff	
	1.3.2. Der Oppositionsbegriff der SED	
	1.3.3. Die Forschung zum Widerstand im Nationalsozialismus	

1.4. Der Sonderfall DDR	60
1.4.1. Das DDR-System	
1.4.2. Die Ziele von Opposition und Widerstand	
1.4.3. Der Umfang von Opposition und Widerstand	
2. Die Kontroverse um Ausreise und Flucht	75
2.1. Der Stellenwert des Themas in der Kommission	
2.2. Die Ausreiseantragsteller	
2.3. Die 'Dableiber'	
2.4. Die Bewertung der Kommission	
V. Die Rezeption in den Printmedien	86
1. Die Breite von Opposition und Widerstand	
2. Die Ausreisebewegung	
VI. Zusammenfassung	93
VII. Literaturverzeichnis	98

I. Einleitung

Anders als die gesellschaftliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Nationalsozialismus nach 1945 hat unmittelbar nach dem Zusammenbruch und Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 eine breite öffentliche Diskussion über die Geschichte und die Strukturen des ehemaligen sozialistischen Staates eingesetzt.¹ Bemerkenswert erscheint, daß die Debatte von starken gegensätzlichen Interessen gekennzeichnet und in hochemotionaler Weise geführt wird. Die Akteure² und Opfer dieser Zeit, die 'Gewinner' und 'Verlierer', Beobachter und Zeugen sind von der jüngsten Vergangenheit noch geprägt: „Persönliche Betroffenheit und Erinnerung, Rechtfertigungs- und Anklagebedürfnisse, Wünsche nach Abrechnung, Sühne und Versöhnung, moralisches und politisches Engagement“³ nehmen daher viel unmittelbarer Einfluß auf die Diskussion.

Dies trifft auch für einen Teil der Zeithistoriker zu, reflektieren sie doch im Falle der DDR einen nur wenige Jahre zurückliegenden Geschichtsabschnitt. Öffentliche Appelle von Historikern an korrektes wissenschaftliches Arbeiten verdeutlichen, in welchem Ausmaß politische Interessen bei der DDR-Geschichtsschreibung eine Rolle spielen.⁴

¹ Als Grund wird die Öffnung der DDR-Aktenbestände genannt, außerdem die schon vor 1989 vorhandene DDR-Forschung und der „Selbstbefreiungsakt“ der Bevölkerung, der die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte erhöhe. Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII, 2, S. 1219. Skeptischer zeigt sich berechtigterweise Günter Wichert: Einführung, in: Klaus Sühl (Hg.): Vergangenheitbewältigung 1945 - 1989. Ein unmöglicher Vergleich? Berlin 1994, S. 16.

² Unter 'Akteuren' werden im folgenden diejenigen Menschen verstanden, die sich am öffentlichen Meinungsbildungs- und politischen Entscheidungsfindungsprozeß beteiligen.

³ Vgl. Jürgen Kocka: Chance und Herausforderung. Aufgaben der Zeitgeschichte beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit, in: Bernd Faulenbach u.a. (Hg.): Die Partei hatte immer recht - Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994, S. 239 f.

⁴ Hier soll weder der unrealistischen und nicht wünschenswerten Forderung nach einer neutralen Geschichtsschreibung das Wort geredet noch in genereller Weise Historikern unsaubere Arbeitsmethoden vorgeworfen werden. Einen öffentlichen Appell hat Jürgen Kocka verfaßt: Von der Verantwortung der Zeithistoriker. Das Interesse an der Geschichte der DDR ist - auch - Munition in der Tagespolitik, in: Frankfurter Rundschau, 3.5.94. Er mahnt hier die Grundsätze historischer Arbeit an. Kleßmann und Sabrow halten die Debatte um die Standards der Zeitgeschichte für eine „sehr deutsche“, verbissene Diskussion, die auf die „unzureichende 'erste Vergangenheitbewältigung'“ nach 1945 zurückzuführen sei. Hier zeigt sich die in der Diskussion immer wieder hergestellte Verbindung zwischen der

Neben einer Fülle von Forschungsarbeiten⁵ wird der Streit um die DDR-Vergangenheit jedoch hauptsächlich von Personen des Öffentlichen Lebens wie Politikern, Intellektuellen, Journalisten, Publizisten und Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen ausgetragen. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Gesellschaftssysteme in Osteuropa und der Auflösung der DDR Ende der achtziger Jahre versuchen die ehemaligen Akteure aus der DDR (aber auch der Bundesrepublik), ihr früheres Denken und Handeln unter Rückgriff auf die Historie und Zuhilfenahme politischer Argumente zu rechtfertigen. Es geht häufig um „ihre Vergangenheit, um Verstrickungen in das SED-Regime, um die Frage der Glaubwürdigkeit.“⁶ Elementare Interessen sind berührt: Der Verlust der eigenen Identität, der öffentlichen Anerkennung oder der Machtposition.

Der ‘Aufarbeitungsprozeß’⁷ erweist sich aufgrund der früheren Teilung und des spezifischen Neben- und Miteinanders beider deutscher Staaten als besonders schwieriges Unterfangen: Ost- wie westdeutsche⁸ Interessen sind betroffen. Auf der Anklagebank sitzen nicht allein Politiker und Funktionäre der früheren DDR. Auch bundesrepublikanischen ‘Sympathisanten’ wird die ideologische Akzeptanz des ostdeutschen Gesellschaftssystems vorgeworfen. Zugleich wird der Vorwurf einer Kolonialisierungspolitik⁹ gegenüber der DDR laut.

Vor diesem Hintergrund werden die DDR-Geschichte, das Verhältnis der Akteure zum jeweils anderen deutschen Staat und die Deutschlandpolitik umgedeutet, um im öffentlichen Diskussionsprozeß den eigenen Standpunkt zu legitimieren und zu-

Auseinandersetzung mit der DDR- und der NS-Geschichte. Vgl. Christoph Kleßmann/Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/1996, S. 3-14.

⁵ Vgl. Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (Hg.): Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, bearbeitet von Thomas Hermann, 1994. Hier sind allein 759 Forschungsprojekte aufgelistet.

⁶ Markus Meckel: Demokratische Selbstbestimmung als Prozeß. Die Aufgabe der Politik bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, in: B. Faulenbach: Die Partei hatte immer recht, a.a.O., S. 250.

⁷ Den Begriff der ‘Aufarbeitung’ prägte Theodor W. Adorno 1959. Vgl. den vielzitierten Aufsatz: Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Band 10/2, Frankfurt (Main) 1977, S. 555-572.

⁸ Im folgenden werden die Bürger der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auch unter dem Sigle Westdeutsche bzw. Ostdeutsche zitiert.

⁹ Eine einseitig verzerrte Darstellung bieten Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster 1995.

gleich den politischen Gegner zu diskreditieren. Die alten und neuen Eliten nutzen in ihrem Machtkampf die „Ressource Geschichte für die eigene Traditionsbestimmung und Herrschaftslegitimierung.“¹⁰ Geschichte und Politik gehen eine derart enge Verbindung ein, daß seriöse Geschichtsschreibung und -deutung zur ‘Geschichtspolitik’ verkommt.

Mit diesem Begriff greift die vorliegende Arbeit eine in der Politikwissenschaft neue Fragestellung auf. Sie untersucht die von den Akteuren im politischen Prozeß vorgenommene, von politischen Interessen bestimmte und meist gezielte Interpretation von Geschichte zum Zweck der gesellschaftlichen Meinungsbildung und Beeinflussung politischer Entscheidungen.¹¹ Die Arbeit konkretisiert dieses geschichtspolitische Handlungsfeld am Beispiel der Enquete-Kommission des Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

Dieses umstrittene Unikum einer parlamentarisch-institutionalisierten Beschäftigung mit der jüngsten deutschen Geschichte wurde aus einer gesellschaftlichen Diskussion heraus geboren. In der Zeit von 1992 bis 1994 sollte die Kommission einen Beitrag zur politischen Aufarbeitung leisten und dem Bundestag einen Abschlußbericht vorlegen. Die beteiligten Politiker, Wissenschaftler und Zeitzeugen aus Ost und West führten kontroverse Diskussionen, die anhand der veröffentlichten Materialien nachgezeichnet werden können.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Thema ‘Opposition und Widerstand in der DDR’¹², das einen Teil der Kommissionsarbeit beinhaltet. Es ist trotz der Zersplit-

¹⁰ Peter Reichel bezieht sich hier auf die Mythenbildung beider deutscher Staaten nach 1949. Seine Feststellung ist auf die Zeit nach 1989/90 übertragbar. P. Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München und Wien 1995, S. 325.

¹¹ Zu diesem Begriff äußerte sich bisher am ausführlichsten Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum - Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur, H. 3 (1996), S. 376. Vgl. auch Peter Steinbach: Vergangenheitsbewältigungen in vergleichender Perspektive. Politische Säuberung, Wiedergutmachung, Integration. Historische Kommission zu Berlin, Informationen, Beiheft 18, Berlin 1993, insb. S. 7. Auch Jürgen Kocka beschreibt den engen Zusammenhang von Geschichte und Politik: Chance und Herausforderung, in: B. Faulenbach: Die Partei hatte immer recht, a.a.O., S. 239 f.

¹² Die Begriffe Opposition und Widerstand sind in ihrer Anwendung auf die DDR noch nicht geklärt. In der vorliegenden Arbeit werden sie deshalb meist zusammen genannt. Unter Widerstand versteht die Verfasserin ein fundamental gegen das System gerichtetes Verhalten. In Bezug auf die siebziger und achtziger Jahre in der DDR scheint der Begriff Opposition angebrachter.

terung der ehemaligen Oppositionsbewegung von der Kommission unerwartet konsensual bearbeitet worden. Die Ursachen für diesen Konsens sowie die sich dahinter verbergenden politischen Interessen sollen hier herausgearbeitet werden.¹³ Dabei soll im Wesentlichen der Frage nachgegangen werden, wie in einer politischen Institution ein Konsens 'konstruiert' wird, wie sich bestimmte Deutungen und Bewertungen eines Themas durchsetzen. Welche Akteure sind beteiligt, mit welchen Interessen argumentieren sie und wie setzen sich Geschichtsdeutungen durch?

Die These der Arbeit lautet, daß vor dem Hintergrund der vereinigungsbedingten 'Katerstimmung' die Enquete-Kommission als geschichtspolitisches Instrument eingesetzt wurde. Sie sollte einen breiten Konsens gegen die DDR und zugleich für die Vereinigung und das parlamentarische System der Bundesrepublik signalisieren und fördern. Die Kommissionsarbeit setzte innen- und außenpolitisch ein Zeichen, um zu zeigen, daß sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik wieder stabilisierten.

Das Thema Opposition und Widerstand war zu diesem Zweck inhaltlich von mehreren Seiten instrumentalisierbar. Zum einen würdigte die Kommission die ehemaligen Bürgerrechtler und Oppositionellen. Zugleich wurden das Unrechtssystem der DDR delegitimiert und die ehemaligen Verantwortlichen und DDR-Anhänger ausgegrenzt.

Zum anderen hatte vor allem die Regierungskoalition ein Interesse daran, durch die Darstellung einer breiten Oppositionsbewegung im Nachhinein die Zustimmung zur DDR zu schmälern und die Vereinigungspolitik zu legitimieren. Ein weites Oppositionsverständnis stellt ein Integrationsangebot dar, denn es bietet einem großen Teil der DDR-Bevölkerung die Möglichkeit, sich mit der Oppositionsrolle zu identifizieren und sich von dem Vorwurf völligen Angepaßtseins freizusprechen.

Die Arbeit untersucht das bislang erst in Ansätzen vorhandene theoretische Konzept der Geschichtspolitik anhand der drei Ebenen: politische Institution, politische Akteure und politisches Thema. Dabei berücksichtigt sie auch die zeitliche Komponen-

¹³ Die Kommission behandelte das Thema Kirche als getrenntes Gebiet (Siehe Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VI, 1 u. 2, a.a.O.). Da die Opposition hier aus der Sicht der Kirche dargestellt wird und auf Grund des begrenzten Umfangs der vorliegenden Arbeit wurde auf das Thema verzichtet.

te der Kommissionsarbeit und fragt, inwiefern die Beurteilung von Opposition und Widerstand im Arbeitsprozeß eine Veränderung erfahren hat.

Der bisherige Forschungsstand zur Enquete-Kommission ist dürftig. Zwei Diplomarbeiten befassen sich unter dem Blickwinkel einer politischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit der Enquete-Kommission. Petra Bock untersucht die politische Diskussion im Vorfeld des Einsetzungsbeschlusses. Lars von Törne analysiert drei in der Kommission kontrovers behandelte Themen (Deutschlandpolitik, Rolle der Kirchen und Diktaturenvergleich) hinsichtlich der sie bestimmenden politischen Interessen.¹⁴

Der Kommissions-Sachverständige Manfred Wilke hat sich ebenfalls in einem Aufsatz mit der Geschichtspolitik des Bundestages befaßt.¹⁵ Auch andere Veröffentlichungen stammen von den an der Kommissionsarbeit beteiligten Wissenschaftlern oder Politikern. Sie erwähnen aber die Kommission entweder nur am Rande oder kommentieren rückblickend ihr Arbeitsprogramm und die Ergebnisse: Eine fundierte Analyse der Kommission liegt bisher nicht vor.¹⁶

Dasselbe gilt für die Veröffentlichungen der Parteien und parteinahen Stiftungen.¹⁷

¹⁴ Vgl. Petra Bock: DDR-Vergangenheit als Politikum: Von der Idee eines gesamtgesellschaftlichen Tribunals zur Institutionalisierung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Mai 1994 oder auch: Dies.: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission. Zur Vorgeschichte der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: Deutschland Archiv 11/1995, S. 1171-1183. Vgl. Lars von Törne: Die politische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit am Beispiel der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Januar 1996.

¹⁵ Manfred Wilke: Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 21/1996, Berlin 1996. Laut Wilke stehen der Beschluß des Stasi-Unterlagengesetzes und die Einsetzung der Enquete-Kommission in einem engen Zusammenhang.

¹⁶ Vgl. Dirk Hansens positive Beurteilung: Befreiung durch Erinnerung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, in: Deutsche Studien, H. 125 (1995), S. 71-81. Dazu auch Wolfgang Schuller: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 12 (1995), S. 738-742, oder: Gerd-Rüdiger Stephan: „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Ergebnisse der ersten Enquete-Kommission zur deutschen Zeitgeschichte, in: Deutschland Archiv, 1 (1997), S. 145-148. Kritischer ist der Beitrag von Markus Meckel: Demokratische Selbstbestimmung als Prozeß. Die Aufgabe der Politik bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, in: Bernd Faulenbach u.a.: Die Partei hatte immer recht, a.a.O., insb. S. 257-267. Auf die Enquete-Kommission wird wiederholt verwiesen in: Ulrike Poppe u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

¹⁷ Beiträge, die die Kommissionsarbeit positiv beurteilen: Rainer Eppelmann u.a.: Die Diktatur der SED - Geschichte und Folgen, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Aktuelle Fragen der Politik, H. 18, Sankt Augustin 1994; SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Auf dem Weg zur gemeinsamen Geschichte. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bonn 1994; F.D.P.-

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Dieser 'Einleitung' ist das Kapitel (II.) 'Geschichtspolitik' nachgeordnet: Was bedeutet der für diese Studie konstitutive Begriff Geschichtspolitik; welche Rahmenbedingungen, Akteure und Realisierungsfelder sind zu differenzieren? Da zu diesem Thema noch keine umfangreichen Materialien und wissenschaftlichen Untersuchungen vorliegen, werden der Geschichtspolitik verwandte Konzepte hinzugezogen.

Das dritte Kapitel untersucht die 'Struktur der Enquete-Kommission' als Rahmenbedingung für die Funktionalisierung von Geschichte. Die Arbeits- und Funktionsweise steht im Vordergrund.

Die Kommission ist eingesetzt worden, um der Verdrängung der DDR-Geschichte entgegenzuwirken und der Opfer zu gedenken. Ihre Entstehung und Zusammensetzung (1.1.), ihre Aufgaben und Ziele (1.2.) sowie die Arbeitsweise (1.3.) können erhellten, inwiefern innerhalb dieser politischen Institution die Absicht einer geschichtspolitischen Deutung der DDR-Vergangenheit besteht.

Der zweite Teil des Kapitels untersucht parallel den Arbeitsprozeß und die Sprachbeziehungweise Begriffsverwendung. Er wendet sich den Akteuren und der Arbeitsweise innerhalb des Themengebietes über 'Opposition und Widerstand in der DDR' zu. Zugleich wird geklärt, inwiefern die Begriffsdefinition von Opposition und Widerstand eine Rolle spielt, da über sprachliche Beeinflussung geschichtspolitische Inhalte transportiert werden.

Das vierte Kapitel 'Argumentationsstrukturen' arbeitet aus dem unübersichtlichen Diskussionsprozeß zwei für die Debatte typische Argumentationsstrukturen heraus. Sie gehen mit politischen Bewertungen über die Bundesrepublik, den Nationalsozialismus und die DDR einher.¹⁸

Bundestagsfraktion (Hg.): Deutsch-deutsche Wege. Zur Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte durch die Enquete-Kommission des Bundestages, Bonn 1994. Kritische Beiträge stammen von der PDS, sämtlich in: PDS/Linke Liste (Hg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bonn/Berlin 1994: Bd. 2: Dieter Lehmann: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Versuch einer Zwischenbilanz, Bd. 4: Herbert Wolf: Sine ira et studio??? Standpunkt zum Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission, Bd. 5: Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission.

¹⁸ Die für Kapitel III und IV zentrale Quelle bilden die veröffentlichten Arbeitsunterlagen der Enquete-Kommission. Die mehrbändige Dokumentation (über 15.000 Seiten) enthält im Wesentlichen die Expertisen, die Öffentlichen Anhörungen und den Abschlußbericht, außerdem den Einsetzungsbe-

Die Diskussion über die Begriffe soll verdeutlichen, welche politischen Inhalte sie transportieren und wie über die Auswahl von Begriffen Deutungen festgeschrieben werden.

Auch die kontroverse Diskussion über die Ausreisebewegung läßt die Versuche erkennen, undifferenzierte Geschichtsbilder durchzusetzen. Sie zeigt, wie ein Dissens in ein Konsensgebiet verwandelt werden kann.

Schließlich wird die 'Rezeption'¹⁹ (V.) der Öffentlichen Anhörungen in den Tageszeitungen daraufhin geprüft, ob die Medien die Bewertung der Opposition übernehmen oder verändern. Fördern oder kontrollieren die Zeitungen geschichtspolitische Diskussionen?

Abschließend bewertet die 'Zusammenfassung' (VI.) die Arbeit der Enquete-Kommission sowie die Debatte über Opposition und Widerstand hinsichtlich ihrer geschichtspolitischen Funktion und Relevanz.

schluß und die Debatten des Bundestages. Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O., neun Bände in 18 Teilbänden.

¹⁹ Hierfür wurden Zeitungs- und Zeitschriftenartikel im Pressearchiv des Fachbereichs Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin sowie im SFB-Archiv Berlin und in der 'tageszeitung' (TAZ) gesichtet. Weitere Unterlagen fanden sich in den Beständen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

II. Geschichtspolitik

„Überspitzt könnte man sagen, Vergangenheit entsteht erst dadurch, daß sie erzählt, aufgeschrieben und dargestellt wird, ob in Denkmälern oder an Gedenktagen, in Dokumentationen, wissenschaftlichen Deutungen oder in epischen Werken. Maßgeblich sind also die Motive und Modalitäten der Konstruktion. Durch sie werden Ereignisse und Personen als bedeutsam ausgewählt und ausgezeichnet, gewinnt Vergangenheit ihre jeweilige, gegenwartsbezogene Relevanz. Und insofern das sich erinnernde Individuum bzw. Gemeinwesen gegenwärtig(e) Vergangenheit konstruiert, und dabei nach seiner Herkunft fragt und nach seinem Erbe, hat die Vergegenwärtigung des Vergangenen immer auch zugleich auf die Erzeugung, Bewahrung oder Veränderung individueller wie kollektiver Identität erheblichen Einfluß.“²⁰

Im Unterschied zur Darstellung Peter Reichels, geschichtliche Reflexion entspringe zu einem nicht unwesentlichen Teil der subjektiven und kollektiven Erinnerung, betont Jürgen Habermas die zunächst unbeteiligte Position des Historikers und dessen Befähigung zur (scheinbar) objektiven Beschreibung und Beurteilung. Sobald aber

„die Sicht des analysierenden Beobachters mit der Perspektive verschmilzt, die die Teilnehmer an Selbstverständigungsdiskursen einnehmen, degeneriert Geschichtswissenschaft zu Geschichtspolitik.“²¹

Beide Sichtweisen stehen stellvertretend für eine durch die Systemumbrüche in der DDR und in Osteuropa ausgelöste Diskussion über die Aufarbeitung von Geschichte, die zur Zeit in Wissenschaft, Politik und Medien in der Bundesrepublik geführt wird. Darin überlagern sich zwei Ebenen: Zum einen geht es um die Erforschung der jüngsten Diktaturen. Eng damit verbunden ist die Frage nach der Vergleichbarkeit der DDR mit dem nationalsozialistischen System. Zum anderen fokussiert sich die Diskussion auf den Umgang mit dem vielschichtigen 'Erbe', den Strukturen, Wertvorstellungen und den darin verstrickten Akteuren. Die Notwendigkeit, politische Entscheidungen zu fällen (zum Beispiel über die Entschädigung von Opfern oder

²⁰ Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung, a.a.O., S. 19.

²¹ Jürgen Habermas: Geschichte ist ein Teil von uns. Über den öffentlichen Gebrauch der Historie, in: Die Zeit 12 (1997), S. 13 f.

den Umgang mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit) und moralisch-ethische Überlegungen greifen in der aktuellen Diskussion ineinander.

Als Folge des Zusammenfallens der Erforschung von Vergangenem, gegenwärtigem Handlungsbedarf sowie dem Wunsch nach zukünftiger Orientierung in einer Gesellschaft hat in den letzten Jahren ein übergeordneter Blickwinkel Beachtung gefunden, der sich in den Textpassagen Reichels und Habermas' widerspiegelt: die politische Instrumentalisierung von Geschichte. Beide Autoren folgen dem Gedanken, daß Geschichtsschreibung keinen objektiven Vorgang, sondern die interessen-geleitete Auswahl und Interpretation geschichtlicher Ereignisse darstellt. Die widerstreitende Auseinandersetzung mit Geschichte trägt letztendlich zur Verständigung über die Ziele und Werte innerhalb einer Gesellschaft bei. Reichel bezeichnet das Motiv für die „Konstruktion“ der Vergangenheit als eine Suche nach individueller und kollektiver Identität. Habermas verwendet den Ausdruck des 'Selbstverständigungsdiskurses'. Dieser beinhaltet „die von Angehörigen eines Kollektivs gemeinsam erörterten Fragen der ethisch-politischen Selbstverständigung über wichtige Aspekte der von allen geteilten Lebensform.“²²

Wissenschaftliche Arbeiten nähern sich dem Phänomen der politisch motivierten Auslegung von Geschichte aus verschiedenen Perspektiven durch die Analyse von Teilbereichen. Sie

„fragen für vergangene Epochen nach der Verarbeitung politischer Brüche, nach dem Gewicht der Vergangenheit für die politische Gestaltung der jeweiligen Gegenwart, nach Geschichtsbildern in einer Gesellschaft und Mechanismen ihrer Erzeugung und Durchsetzung, nach der Verschränktheit von Geschichte und Politik, nach dem Zusammenhang von politischen Interessen und Vergangenheitsdeutungen, nach politisch motivierten Erinnerungsstrategien, deren Funktionen und Auswirkungen.“²³

Zugleich stehen, je nach Fragestellung, die Geschichtsbilder, Akteure oder Motive im Vordergrund, oder es werden unterschiedliche Begriffe verwendet: Bei Reichel spielt sich der wertende Bezug auf Vergangenheit innerhalb einer mehrdimensiona-

²² Jürgen Habermas: Die Last der doppelten Vergangenheit, in: Die Zeit Nr. 20 (1994), S. 54.

²³ Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, a.a.O., S. 377. Wolfrum präzisiert den Begriff der Geschichtspolitik, indem er Forschungsarbeiten zu verschiedenen Aspekten vorstellt.

len „Erinnerungskultur“²⁴ ab. Habermas spricht vom Phänomen der „Geschichtspolitik“.

Der Terminus Geschichtspolitik ist zwar mittlerweile ein Bestandteil öffentlicher Diskurse über Geschichte und Politik. Doch dort, ebenso wie in politischen Debatten als auch in der Publizistik, wird er in undifferenzierter Weise verwendet. Die Schwierigkeit beziehungsweise Komplexität des Begriffs spiegelt sich in wissenschaftlichen Arbeiten, liegen doch erst wenige Definitionen und Untersuchungen vor. Danach wird Geschichtspolitik zum Oberbegriff für ein „eigenständiges Handlungs- und Politikfeld“. Unter dieser („neuen“) Perspektive²⁵ soll umfassend nach den politischen Akteuren gefragt und deren Handeln daraufhin untersucht werden,

„wie Politik mit der Vergangenheit ‘gemacht’ wird, unter welchen politischen Rahmenbedingungen und mit welchen Intentionen Geschichte in die Fänge aktueller Politikbedürfnisse gerät, schließlich welche Folgen sich daraus ergeben.“²⁶

Wie Peter Steinbach bemerkt, bedient sich Geschichtspolitik „der Vergangenheit im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen.“²⁷ Es geht dabei um die „öffentliche Konstruktion und Inszenierung von Geschichtsbildern“²⁸. Außerdem, so Edgar Wolfrum, zielt „die von verschiedenen Akteuren getragene und mit unterschiedlichen Interessen befrachtete politische Nutzung von Geschichte“ auf „mobilisierende, politisierende oder legitimierende Wirkungen.“²⁹

²⁴ Vgl. Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung, a.a.O., S. 13-34.

²⁵ Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, a.a.O., S. 377.

²⁶ Ders.: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Systemkonflikt. Das Beispiel Preußen-Renaissance, in: Geschichte als Argument, 41. Deutscher Historikertag München 1996, Skriptenheft III., S. 17. Vgl. auch Peter Steinbach: Vergangenheitsbewältigungen in vergleichender Perspektive, a.a.O., S. 7: Steinbach bezeichnet Geschichtspolitik als neues Politikfeld.

²⁷ Peter Steinbach: Ebenda, S. 7.

²⁸ Nach einem Vortragsprotokoll von Petra Bock: „‘Aufarbeitung’ der DDR-Diktatur als Politikum im Umbruch von 1989 und im Prozeß der deutschen Einigung“ anlässlich des Symposiums „Die Macht der Geschichte - Ungarn 1848/1956/1989. Geschichte als Politikum in Diktatur und Systemwechsel“ am 11.4.1997 im Haus Ungarn/Berlin, S. 1. Voraussichtliche Veröffentlichung 1997/98.

²⁹ Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, a.a.O., S. 377.

Die Instrumentalisierung historischer Erfahrung als ein „Grundmuster menschlicher Praxis“³⁰ findet aufgrund der Konkurrenz von Interessen jederzeit und in verschiedenen Gesellschaftssystemen statt.

„Wo die Gegenwart (...) geprägt wird von rivalisierenden Machtgruppen und konkurrierenden Weltbildern, wird die Manipulation von Erinnerung und Geschichtsbildern ein unentbehrliches politisches Instrument. Diese Praxis haben die totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts radikalisiert.“³¹

Im sogenannten 'Historikerstreit' versuchten konservative Historiker der Bundesrepublik, die Geschichte des Nationalsozialismus umzuschreiben. Sie relativierten die Verbrechen der Nationalsozialisten mit dem Ziel, die deutsche Geschichte zu normalisieren und moralisch zu neutralisieren.³²

Besonders prägnant werden „politisch-legitimierende Ansprüche an Geschichte (...) in Umbruchs- und Krisenperioden des sozialen Wandels - in denen ein erhöhtes Bedürfnis nach Selbstvergewisserung auftritt.“³³ Die bewusste Verzerrung, Sublimierung und Instrumentalisierung der Erinnerung tritt vor allem in Zeiten von Kontinuitätsbrüchen zutage, wenn Gesellschaften durch fundamentale Veränderungen wie Herrschafts- oder Systemwechsel erschüttert werden.³⁴

Wo also wird Geschichtspolitik gemacht, und wer sind die Akteure? Die geschichtspolitische Forschung richtet ihr Hauptaugenmerk auf das politische Handlungsfeld und das Agieren politischer Eliten - nicht auf Deutungseliten im allgemeineren Sinne³⁵. Das unterscheidet sie von anderen wissenschaftlichen Ansätzen über den Umgang mit Geschichte, die verschiedene Handlungsebenen entweder gleichberechtigt

³⁰ Karl-Georg Faber: Zum Einsatz historischer Aussagen als politisches Argument, in: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 268.

³¹ Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung, S. 22.

³² Vgl. Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 250.

³³ Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, S. 384.

³⁴ Vgl. Tony Judt: Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa, in: Transit. Europäische Revue 6 (1993), S. 87-120. Judt analysiert die Verdrängung und Verzerrung von Erinnerung im Nachkriegseuropa. Siehe auch Peter Reichel: ebenda, S. 21. Reichel sieht den konfliktreichen Übergang von der Agrar- zur „bürgerlichen Industriegesellschaft“ als Auslöser einer Politisierung der „Erinnerungskultur“. Er beschreibt die Entwicklung von der religiösen zur modernen Erinnerungskultur und ihre jeweiligen Merkmale.

³⁵ Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, S. 377.

nebeneinanderstellen oder sie in ihrer Bedeutung gewichten. So fächert Jörn Rüsen den Begriff der Geschichtskultur³⁶ in die miteinander in Wechselwirkung stehenden ästhetischen, kognitiven und politischen Dimensionen auf. Peter Reichel ordnet der 'Erinnerungskultur' ebenfalls drei Dimensionen zu. Sie konstituiert sich im engen Sinne aus der wissenschaftlich-dokumentarischen, ästhetisch-expressiven sowie feierlich-rituellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Im weiteren Sinne sind die sozialpsychologischen, politisch-justitiellen oder politisch-kulturellen Dimensionen zu unterscheiden. Sie behandeln Fragen der Strafverfolgung, der Wiedergutmachung und der Einstellung zur NS-Zeit.³⁷

Berücksichtigt man die in diesen umfassenden Konzepten thematisierten Ebenen des gesellschaftlichen Umgangs mit Geschichte, so stellt sich die Frage, wo die Grenze zu geschichtspolitischem Handeln im engeren Sinne tatsächlich zu ziehen ist. Sie ist umstritten im Falle von politischen Maßnahmen, die nach dem Ende einer Diktatur ergriffen werden. Norbert Frei sammelt diese unter dem Begriff 'Vergangenheitspolitik': Dieser

„greift kürzer, ist aber unvergleichlich viel präziser als der Begriff 'Vergangenheitsbewältigung'³⁸ und nicht wie dieser (...) auf alles politische Handeln zu beziehen, das als Reaktion auf das 'Dritte Reich' verstanden werden kann. Vergangenheitspolitik bezeichnet demgegenüber

³⁶ „Der Begriff 'Geschichtskultur' rückt die Geschichte in einen Horizont, der bislang eher separat betriebene Bereiche und Strategien der historischen Erinnerung zu komplexen Gebilden zusammenfügt, in der sie sich neu und anders ausnehmen als in den meisten der bislang etablierten Formen der Selbstthematization und Selbstverständigung. Fachwissenschaft, schulischer Unterricht, Denkmalpflege, Museen und anderen Institutionen werden über ihre wechselseitigen Abgrenzungen und Unterschiede hinweg als Manifestationen eines übergreifenden gemeinsamen Umgangs mit der Vergangenheit in Augenschein genommen und diskutiert. Der Terminus 'Geschichtskultur' rückt die unterschiedlichen Strategien der wissenschaftlichen Forschung, der künstlerischen Gestaltung, des politischen Machtkampfes, der schulischen und außerschulischen Erziehung, der Freizeitanimation und anderer Prozeduren der öffentlichen historischen Erinnerung so in den Blick, daß sie alle als Ausprägungen einer einzigen mentalen Kraft begriffen werden können. So synthetisiert der Begriff auch Universität, Museum, Schule, Verwaltung, die Massenmedien und andere kulturelle Einrichtungen zum Ensemble von Orten der kollektiven Erinnerung und integriert die Funktionen der Belehrung, der Unterhaltung, der Legitimation, der Kritik, der Ablenkung, der Aufklärung und anderer Erinnerungsmodi in die übergreifende Einheit der historischen Erinnerung. (...) Geschichtskultur läßt sich definieren als praktisch wirksame Artikulation von Geschichtsbewußtsein im Leben einer Gesellschaft.“ Jörn Rüsen: *Geschichtskultur*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995), S. 513.

³⁷ Vgl. Peter Reichel: *Politik mit der Erinnerung*, a.a.O., S. 26 f.

³⁸ Zum Begriff und zur Diskussion über die (NS-) Vergangenheitsbewältigung vgl. Bert Pampel: Was bedeutet 'Aufarbeitung der Vergangenheit'? Kann man aus der 'Vergangenheitsbewältigung' nach 1945 für die 'Aufarbeitung' nach 1989 Lehren ziehen? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2 (1995), S. 27-38.

einen politischen Prozeß, der sich ungefähr über eine halbe Dekade erstreckte“.

Frei versteht darunter sowohl die Amnestie und Integration ehemaliger Parteimitglieder in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre als auch die politische und justitielle Grenzziehung gegenüber den damals noch verbliebenen nationalsozialistischen Restgruppen.³⁹ Diese Maßnahmen sind „reaktive(r) Natur“, das heißt als Folge der „klare(n) normative(n) Abgrenzung gegenüber der Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus“ zu verstehen⁴⁰. Vergangenheitspolitik zielt demnach nicht wie Geschichtspolitik auf Beeinflussung und Gestaltung, sondern erfolgt auf eine gesellschaftlich bereits existierende Bewertung der Diktatur und neue Wertorientierung.

Edgar Wolfrum hingegen ordnet „institutionelles oder justitielles Agieren, um Folgen der Vergangenheit in den Griff zu bekommen“ der Geschichtspolitik zu.⁴¹ Diese Sichtweise scheint schlüssiger als die Norbert Freis, ist doch zweifelhaft, daß vergangenheitspolitische Maßnahmen rein ‘reaktiver Natur’ sind. Sie werden nicht nur im Vorfeld und zum Zeitpunkt ihrer Wirksamkeit von politischen Diskussionen begleitet, sondern sind auch im Nachhinein Gegenstand der Kritik. Dergestalt sind sie nicht nur Folge einer Bewertung des überwundenen Systems, sondern beabsichtigen, eine noch nicht abgeschlossene Bewertung sowie moralisch-ethische oder politische Interessen zum Ausdruck zu bringen und gesellschaftlich zu verfestigen.

Anders als Wolfrum trennt Petra Bock die Begriffe Vergangenheitspolitik und Geschichtspolitik, denn erstere betrifft den „Umgang mit dem institutionellen und personellen Erbe eines überwundenen Systems im politischen Prozeß“. Damit verbunden sind konkrete materielle Fragen und die zeitliche Nähe zum vergangenen Ereignis. Vergangenheitspolitische Maßnahmen orientieren sich zumeist an realpolitischen Überlegungen, nicht aber an geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Zugleich aber zeigen sich in der Realität insofern Überschneidungen von Vergan-

³⁹ Vgl. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 13 f.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 397.

⁴¹ Edgar Wolfrum: *Geschichte als Politikum*, a.a.O., S. 377.

genheits- und Geschichtspolitik, als daß vergangenheitspolitische Entscheidungen häufig mit geschichtspolitischen Argumenten gerechtfertigt werden.⁴²

Fragwürdigkeit hinsichtlich der Eingrenzbarkeit von Geschichtspolitik auf den politischen Handlungsbereich ergibt sich auch aus seiner Nähe zu künstlerisch-ästhetischer Geschichtsvergegenwärtigung. Jene, die 'Erinnerungsorte' gestalten (Denk- und Mahnmale, Gedenkstätten und Gedenkbibliotheken), werden in die politische Diskussion einbezogen. Schließlich erfolgt die Wahl eines Entwurfs nicht nur nach ästhetischen Kriterien. Die aktuelle geschichtspolitische Debatte um das 'Holocaust-Mahnmal' verdeutlicht, in welcher enger Wechselwirkung Kunst und Politik stehen. Die Auslober des Wettbewerbs (Bundesregierung, Berliner Senat und der 'Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e.V.') hofften, die kontroverse und festgefahrene öffentliche Diskussion zu beenden, indem sie ein Kolloquium einsetzten. Auf drei Tagungen im Januar und April 1997 diskutierten verschiedene Vertreter des 'öffentlichen Lebens' über das Für und Wider eines Denkmals, seinen Standort und die künstlerische Gestaltung, um gerade darauf Einfluß nehmen zu können.⁴³

Die geschichtspolitische Forschung grenzt jedoch ihre Fragestellung auf die politische Lenkung und Beeinflussung dieser Prozesse ein:

„Wir haben Ausstellungen, die mit öffentlichen Mitteln inszeniert werden, deren Beratungsgremien häufig politisch mitbesetzt werden und in die mit geschichtspolitischen Instrumenten - auch mit Verteilungsinstrumenten - von der Seite der Verwaltung, der Politik, des Staates eingegriffen wird.“⁴⁴

Geschichtspolitik ist somit explizit zu verstehen als die im politischen Prozeß vorgenommene gezielte Interpretation von Geschichte zum Zweck der gesellschaftlichen Meinungsbildung und der Beeinflussung politischer Entscheidungen. Auf längere Sicht verändern oder bestätigen geschichtspolitische Deutungen die für eine Gesellschaft relevanten Werte und wirken im positiven (integrativen) oder negativen

⁴² Vgl. Petra Bock, 'Aufarbeitung' der DDR-Diktatur, a.a.O., S. 2.

⁴³ Allerdings hatte dieses 'Ad-hoc-Gremium' keine Entscheidungsbefugnisse. Die Ausloser beabsichtigten vielmehr, eine offen wirkende Diskussion anzubieten. Vgl. Axel Wallrabenstein, Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Radunski: „Öffentliches Colloquium bereitet Realisierung des Holocaust-Mahnmals in Berlin vor“, Berlin, 11.12.96.

⁴⁴ Peter Steinbach: Erinnerung und Geschichtspolitik, in: Universitas 50 (1995), S. 183.

(ausgrenzenden) Sinne identitätsstiftend. Geschichtspolitik wird letztendlich (im engeren, hier relevanten Sinne) zum Politik- und Handlungsfeld, wo über die eigene Geschichte und die Rolle nationaler Identität öffentlich diskutiert wird.⁴⁵ Dergestalt trägt sie zur Einrichtung von Institutionen wie Enquete-Kommissionen, Untersuchungsausschüsse und Geschichtsforen bei.

Da sich Geschichtsdeutung nicht nur im engen politischen Bereich, sondern innerhalb einer vielschichtigen Erinnerungs- oder Geschichtskultur abspielt, ist es zugleich notwendig, geschichtspolitische Strategien in einem weiten Sinne zu berücksichtigen: beispielsweise im künstlerisch-ästhetischen Bereich. Hier manifestiert sich Geschichtspolitik an Erinnerungsorten, deren Planung, Realisierung oder Konzeption von politischen Kontroversen begleitet werden und die zugleich Geschichtsbilder transportieren; das Denkmal selbst ist inszenierte Vergangenheit.⁴⁶

Über die identitätsstiftende Wirkung einer gemeinsamen Vergangenheit und der „Verpflichtung auf eine gemeinsame Erinnerung“⁴⁷ hinaus werden im Streit um Geschichte und ihre

„Offenlegung (...) ‘Regeln des Richtigen’, also Werte und Normen, erkannt, geklärt, verankert, verbreitet, die zuvor durchaus nicht allgemein geteilt und praktiziert wurden. Kurz: es bildet und verwandelt sich die kollektive Identität in einem Lernprozeß“⁴⁸.

Diese Auseinandersetzung kann Zusammenhänge zwischen diffusen Gruppen schaffen.⁴⁹

Geschichtspolitische Akteure streben im Kampf um politische Konzepte nach „Benennungsmacht“: „die Wahrnehmung der Realität steuern, Situationen definie-

⁴⁵ Edgar Wolfrum: *Geschichte als Politikum*, a.a.O., S. 377.

⁴⁶ Peter Reichel: *Politik mit der Erinnerung*, a.a.O., S. 16. Vgl. Aleida Assmann: *Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee*, Frankfurt/Main 1993, S. 51.

Assmann skizziert hier Funktion und Bedeutungsverlust des Denkmals.

Erinnern findet auch in Ritualen statt (Gedenktage). Dieser weite Blick auf geschichtspolitische Prozesse innerhalb einer Gesamtgesellschaft tritt in der vorliegenden Arbeit in den Hintergrund.

⁴⁷ Vgl. Aleida Assmann: ebenda, S. 50. Hier unter Bezug auf die „Gattung Denkmal“. Vgl. auch Werner Weidenfeld (Hg.): *Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien der Spurensuche einer Nation*, Köln 1987, Kapitel *Geschichte und Politik*, S. 54-64. *Geschichtsbewußtsein als „reflektierte Vergangenheit“* hat drei Funktionen: Identitätsstiftung, Zukunftsorientierung sowie Legitimierung und Infragestellung von Zuständen, Ansprüchen oder Zielen.

⁴⁸ Vgl. Karl-Otto Hondrich: ‘Das Leben ist ein langer ruhiger Fluß...’. *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland*, in: Cora Stephan: *Wir Kollaborateure*, Hamburg 1992, S. 34.

⁴⁹ Vgl. Peter Steinbach: *Erinnerung und Geschichtspolitik*, a.a.O., S. 183 f.

ren, Gefühle ansprechen, Handlungsbereitschaft schaffen und abrufen.“⁵⁰ Es geht bei der Beschäftigung mit Vergangenheit nicht

„nur um akademisch-gebildete Diskussionen (...), bei denen nur das Problembewußtsein und der Intellekt geschärft werden sollen. Hier geht es darum, wer in Zukunft an wichtigen Stellen in Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Universität in unserem Land das Sagen hat.“⁵¹

Die Funktion von Geschichtspolitik reduziert sich demnach nicht allein auf politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sowie Identitätsstiftung. Vielmehr besteht ihr Zweck auch darin, die politische Macht in einer Gesellschaft zu legitimieren. Herrschaft, konstatiert Rüsen, bedarf „einer Zustimmung durch die Betroffenen (...), in der ihre historische Erinnerung eine wichtige Rolle spielt. Es ist kein Zufall, daß sich politische Herrschaft in geschichtsträchtigen Symbolen präsentiert.“ Nationale Gedenktage erinnern dergestalt

„an den Ursprung des politischen Gemeinwesens (...), daß es sich in einer ursprünglich gestifteten normativen Verbindlichkeit als auf Dauer gestellt erweist. Die historische Erinnerung hat eine genuine politische Legitimationsfunktion.“

Auch moderne Staaten können auf eine bewußte Traditionsbildung und -pflege nicht verzichten.⁵²

Der Zugang und die Beteiligung am geschichtspolitischen Handlungsfeld werden unterschiedlich beurteilt: Einerseits ist die Rede von einer Demokratisierung der Erinnerungskultur mit zahlreichen Akteuren wie Individuen, Familien, Organisationen und nationalen Institutionen.⁵³ Dem steht andererseits die Behauptung gegenüber, Geschichtspolitik ereigne sich vorwiegend im vorwissenschaftlichen Raum: Zwar üben Historiker durch die Themenwahl „einen nicht zu unterschätzenden Einfluß“ aus, doch „nachhaltige Impulse“ geben vorwiegend die Politiker über die Medien und die ihnen zur Verfügung stehenden Informationsapparate.⁵⁴ Während die

⁵⁰ Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Systemkonflikt, a.a.O., S. 17 sowie ders.: Geschichte als Politikum, a.a.O., S. 378.

⁵¹ Rainer Eppelmann: Möglichkeiten und Grenzen der Aufarbeitung der Hinterlassenschaften der SED, in: Politische Studien, Sonderheft 10 (1993): Vier Jahre nach dem Fall der Mauer. Aufarbeitung und Bewältigung des Sozialismus in der DDR, S. 17.

⁵² Vgl. Jörn Rüsen, Geschichtskultur, a.a.O., S. 515.

⁵³ Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung, a.a.O., S. 24 f.

⁵⁴ Edgar Wolfrum: Geschichte als Politikum, a.a.O., S. 390.

erste Einschätzung die Zugangs- und Einflußmöglichkeiten von Gesellschaftsmitgliedern auf die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung überbewertet, unterschätzt die zweite die Beteiligung von Historikern in Medien und den relevanten Institutionen.

Gesellschaftlich relevante Vergangenheitsinterpretationen werden im wesentlichen von einer Minderheit konstruiert. Die Medien beeinflussen und verstärken diesen Prozeß über ihre Hauptrolle bei der Vermittlung von Geschichtsbildern. Norbert Frei schreibt ihnen eine „aktiv mitgestaltende Rolle“ zu.⁵⁵

Die Forschung zur Geschichtspolitik hat bislang eines der wichtigsten Vehikel zur Erzeugung und zum Transport von Geschichtsbildern außer acht gelassen: die Sprache.

Ganz allgemein wirken Politiker (Wissenschaftler und andere) darauf hin, daß ihre Wertvorstellungen und Ziele sich in der Sprache und den daraus folgenden Handlungen niederschlagen. Die Politik „wirkt ein auf die Inhalte der Begriffe und ist bemüht, sie zu verändern und durch neue Begriffe abzustützen“⁵⁶. Diese sprachlichen Veränderungen haben über die Beeinflussung beziehungsweise Verstärkung von Einstellungen und Auffassungen hinaus eine mobilisierende und dynamisierende Funktion: Sie wirken auf gesellschaftliche Prozesse zurück. Sprache schafft Realität.⁵⁷

In besonderem Ausmaß ziehen gesellschaftliche Umbruchsituationen sprachliche Veränderung nach sich. „Das Zeichen- und Symbolsystem der alten Herrschaft wird beseitigt beziehungsweise semantisch umstrukturiert. Herrschaftswechsel ist mit Symbolwechsel verbunden.“⁵⁸ Das ist notwendigerweise so, denn politische Begriffe als Teil des politischen Symbolbestandes dienen der politischen Identifikation. Spra-

⁵⁵ Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, a.a.O., S. 16. Frei bezieht sich hier auf vergangenheitspolitische Maßnahmen. Vgl. dazu auch Aleida Assmann, derzufolge im 19. Jahrhundert Denkmälern die Funktion der Inszenierung von Vergangenheit zukam. Arbeit am nationalen Gedächtnis, a.a.O., S. 51.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang Bergsdorf: Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Pfullingen 1983, S. 29. Siehe auch Frank Liedtke, Martin Wengeler; Karin Böke (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991.

⁵⁷ Vgl. Ruth Reiher: 'Wir sind das Volk'. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989, in: Armin Burkhardt (Hg.): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Berlin 1992, S. 43. Vgl. auch Murray Edelman: Politische Sprache und politische Realität, in: Martin Greiffenhagen (Hg.): „Kampf um Wörter?“ Politische Begriffe im Meinungsstreit, S. 39 ff.

⁵⁸ Armin Burkhardt: Sprache im Umbruch, a.a.O., S. XI.

che hat letztendlich eine ähnlich integrierende Kraft wie die gemeinsame Geschichte und Kultur.⁵⁹

In der Geschichtspolitik beherrschen „Begriffe, Wörter, Formeln (...) das Mühen und Streiten um Geschichtsbilder, um das Erfassen und Aktualisieren der Vergangenheit, um das historische Verständnis der Gegenwart.“⁶⁰ Offizielle Institutionen betreiben gezielte „Sprachpolitik“. Sie üben durch sprachliche Beeinflussung gesellschaftliche Kontrolle aus und nehmen sprachlich das vorweg, „was in der politischen Praxis durchgesetzt werden soll.“ Bergsdorf führt als Beispiel die Selbstbenennung solcher Institutionen an.⁶¹

Aus der hier vorgenommenen Untersuchung des Begriffs Geschichtspolitik lassen sich mehrere Dimensionen auf die Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit übertragen. Im folgenden wird gezeigt, wie eine eigens geschaffene politische Institution mit ausgewählten Akteuren eine mit politischen Interessen besetzte Deutung der DDR-Geschichte vornimmt. Hier kann nachgezeichnet werden, wie die im politischen Arbeitsprozeß vorgenommenen Deutungen Eingang in das Arbeitsergebnis finden. In diesem Prozeß spielt das Beeinflussen von Geschichtsbildern durch Sprache eine wichtige Rolle. Die Selbstbenennung der Enquete-Kommission und ihre Prägung von Begriffen sind Beispiele dafür.

⁵⁹ Zum Begriff Symbol vgl. Dietmar Schirmer: Auf der Baustelle des gemeinsamen Hauses. Zur Struktur eines politischen Symbols, in: Armin Burkhardt: ebenda, S. 212 ff. Siehe auch Martin Greiffenhagen: „Kampf um Wörter?“ a.a.O., S. 20 und Walther Dieckmann: Sprache in der Politik, in: Martin Greiffenhagen: ebenda., S. 48.

⁶⁰ Karl Dietrich Bracher: Schlüsselwörter in der Geschichte. Mit einer Betrachtung zum Totalitarismusproblem, Düsseldorf 1978, S. 19.

⁶¹ Vgl. Wolfgang Bergsdorf: Herrschaft und Sprache, a.a.O., S. 39 ff.

III. Die Struktur der Enquete-Kommission

1. Die Enquete-Kommission als politische Institution

1.1. Hintergrund, Entstehung und Zusammensetzung

Im August und September 1991 waren drei Bürgerrechtler der ehemaligen DDR - Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Thierse und Wolfgang Ullmann - mit ihren Konzepten für ein Tribunal zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an die Öffentlichkeit gegangen. Sie griffen ein damit in eine Debatte, in der die Forderung nach einer Schließung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) und einem Schlußstrich im Umgang mit der DDR-Geschichte dem Befürworten einer konsequenten Aufarbeitung, aber auch Bestrafung der Schuldigen gegenüberstand.⁶² Die Bürgerrechtler wandten sich in ihren Tribunalvorschlägen übereinstimmend gegen ein vorschnelles Vergessen und Verdrängen, aber auch gegen die kollektive Verurteilung der Ostdeutschen⁶³. Entsprechend der in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt häufig geäußerten Skepsis sorgten sich auch die Tribunalverfechter um das Gelingen der Einheit.⁶⁴

In den unterschiedlichen Vorschlägen spiegelte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Zuständigkeiten für den Aufarbeitungsprozeß wider. Während Friedrich Schorlemmer mit seiner Idee eines gesamtgesellschaftlichen Tribunals auf Versöhnung und Integration zielte, plädierte Wolfgang Thierse für ein Tribunal

⁶² Hermann Weber stellt den „bedenklichen Trend“ fest, daß 1992 mehr und mehr Ostdeutsche einen Schlußstrich forderten: „Waren Anfang 1992 noch 41 Prozent der Bevölkerung Ostdeutschlands der Meinung, für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit müsse mehr getan werden, so sank dieser Anteil bis Mai auf 33 Prozent. Umgekehrt wollten Anfang 1992 28 Prozent einen ‘Schlußstrich’ gezogen wissen, im Mai bereits 40 Prozent.“ H. Weber: Die DDR 1945-1990, München 1993, S. 187, zit.n. M. Jung, in: Politische Studien 43 (1992). Die Vergangenheit wird als Last empfunden, vgl. z.B. Hartmut Koschyk (Sprecher der CDU/CSU in der Enquete-Kommission zu Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit): Ist die DDR-Vergangenheit bereits bewältigt?, in: Politische Studien, Sonderheft 10 (1993): Vier Jahre nach dem Fall der Mauer. Aufarbeitung und Bewältigung des Sozialismus in der DDR, S. 14.

⁶³ „Durch die Dominanz der Stasi-Debatte in den Medien war namentlich im Westen der Eindruck entstanden, als ob ungezählte Staatsbürger der DDR zumindest Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren.“ Vgl. Manfred Wilke: Die deutsche Einheit, a.a.O., S. 8.

⁶⁴ Nach Manfred Wilke wurden die Auseinandersetzungen um die DDR-Geschichte zum Politikum und drohten die Teilung zu vertiefen, vgl. ebenda, S. 4. Die ‘Mauer in den Köpfen’ wurde fast schon beschworen, vgl. Armin Burkhardt: Sprache im Umbruch, a.a.O., Einleitung.

„ostdeutscher Selbstaueinandersetzung“. Für Wolfgang Ullmann lag der Schwerpunkt in der rechtlichen Aufarbeitung, die von einem internationalen Tribunal zu leisten sei.

Der Tribunalgedanke wurde in den folgenden Monaten intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Debatte kreiste um die „Legitimation und Deutungskompetenz“ bezüglich des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit.⁶⁵

Im November 1991 brachte der frühere DDR-Bürgerrechtler und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Markus Meckel die Idee einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte in der SPD ein.⁶⁶ Als Gegenkonzept zum außerparlamentarischen Tribunal sollte eine Enquete-Kommission die Rolle des Bundestags stärken:

„Wo in den Medien die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien längst außer Kontrolle geraten waren, bestand mit einer Enquete-Kommission die Chance, innerhalb des Bundestages einen konstruktiven Umgang mit den direkten und indirekten Verstrickungen in die DDR-Geschichte zu ermöglichen und gleichzeitig die Handlungs- und Entscheidungskompetenz in Sachen öffentlicher politischer Aufarbeitung wieder an das Parlament zu binden.“⁶⁷

Als Gegenkonzept zum außerparlamentarischen Tribunal sollte eine Enquete-Kommission die Rolle des Bundestags stärken.

Zugleich hofften die großen Parteien, mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission ihr Ansehen zu verbessern, das durch die Enthüllungen aus den Stasi-Unterlagen beschädigt worden war.⁶⁸ Die SPD, CDU/CSU und FDP brachten im Dezember 1991 nach gemeinsamer Absprache die von der SPD angeregte Initiative

⁶⁵ Vgl. Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, a.a.O., S. 1171-1183.

⁶⁶ Meckel hatte diesen Vorschlag schon am Zentralen Runden Tisch der DDR gemacht. Dazu Rainer Eppelmann: Fünf Jahre deutsche Einheit, in: Deutschland Archiv 9 (1995), S. 898: „In Erfüllung eines Wunsches, der in der frei gewählten DDR-Volkskammer ausgesprochen worden war, hat der Bundestag 1992 eine Enquete-Kommission (...) eingerichtet.“ Eppelmanns Argumentation zielt darauf, nicht nur die demokratische Qualität der letzten DDR-Volkskammer, sondern auch die Berücksichtigung ostdeutscher Interessen durch den Bundestag positiv zu unterstreichen.

⁶⁷ Petra Bock: ebenda, S. 1176 f.

⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 1177.

im Bundestag ein.⁶⁹ Schließlich beantragten die Fraktionen im Februar und März 1992 die Einsetzung der Enquete-Kommission.

Den Anfang machte die SPD mit dem Antrag zur Bildung der Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“. Darauf folgten die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen („Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“) und wenig später die Fraktionen von CDU/CSU und FDP (gleichlautender Titel) sowie die Gruppe PDS/Linke Liste („Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“).

Bereits in den Vorschlägen für den Kommissionsnamen spiegelten sich die unterschiedlichen Einstellungen der Parteien zur ehemaligen DDR und zu den Zielen der Kommissionsarbeit: Während die SPD, wie Petra Bock feststellt, die DDR sehr kritisch sah, zielte die moderate Position des Antrages der CDU/CSU auf Integration und Versöhnung. Bündnis 90/Die Grünen trennten begrifflich zwischen dem DDR-Staat und der SED-Herrschaft, um damit die Alternative eines ‘Dritten Weges’ herauszustellen.⁷⁰ Die PDS/Linke Liste hingegen suchte die Verantwortung für die Defizite der DDR auf den Westen abzuwälzen und unterstellte den Vertretern der alten Bundesrepublik das Motiv „der bloßen Abrechnung mit dem DDR-System“.⁷¹ Allen Anträgen gemein war, daß „ausnahmslos alle Parteien versuchten, mit Geschichte Politik zu machen; während die einen jedoch auf eine Stabilisierung der gegenwärtigen Verhältnisse abzielten, stellte die PDS diese in Frage.“⁷²

Die Enquete-Kommission konstituierte sich am 19. März 1994 unter Vorsitz von Rainer Eppelmann (CDU/CSU), einem der führenden ‘Köpfe’ der Bürgerbewegung der DDR. Sie setzte sich entsprechend der Fraktionsstärke aus sechzehn Abgeordneten (und ihren Stellvertretern) sowie elf von außerhalb bestellten Sachverständigen zusammen: CDU/CSU sieben Mitglieder und fünf Sachverständige, SPD fünf

⁶⁹ Zwar kann eine Bundestagsminderheit die Einsetzung einer Enquete-Kommission erwirken. Nach Wolfgang Ismayr steht aber die Koalition unter Zustimmungsdruck: Die von Enquete-Kommissionen behandelten Themen seien bisher gesellschaftlich so bedeutsam gewesen, daß eine Koalition es sich „nicht leisten (könne), in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, das Thema interessiere sie nicht.“ Vgl. Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27 (1996), S. 36.

⁷⁰ Vgl. Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, a.a.O., S. 1177 f.

⁷¹ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, a.a.O., S. 11.

⁷² Petra Bock: ebenda, S. 1180. Manfred Wilke verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff ‘parlamentarische Geschichtspolitik’. Diese nehme ihren Anfang jedoch nicht erst mit der Einsetzung der Enquete-Kommission, sondern schon mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz. Vgl.: Die deutsche Einheit, a.a.O., S. 5.

Mitglieder und drei Sachverständige, FDP zwei Mitglieder und ein Sachverständiger, Bündnis 90/Die Grünen und PDS/Linke Liste je ein Mitglied und ein Sachverständiger. Die Abgeordneten aus der ehemaligen DDR sollten dabei im Verhältnis zu ihren Kollegen aus der alten Bundesrepublik überproportional vertreten sein.⁷³ In einer Beschlußempfehlung schlug die Kommission den Titel „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vor.

Während die Wahl eines ostdeutschen Vorsitzenden und die (angestrebte) Mehrheit östlicher Abgeordneter in der Kommission deren Dominanz im Aufarbeitungsprozeß unterstreichen sollten, stellte der Titel den „gesamtdeutschen Bezug“ deutlicher heraus⁷⁴. Die „SED-Diktatur“ hatte „Folgen“, die über die Grenzen der ehemaligen DDR hinaus auch in der alten und neuen Bundesrepublik zu spüren sind und waren. Folglich war, so deutete der Titel an, die Aufarbeitung in ganz „Deutschland“ zu leisten. Damit fiel „eine wichtige Grundsatzentscheidung für den Umgang mit dem historischen Erbe der DDR: Ihre Geschichte geht alle Deutschen an.“⁷⁵ Weiterhin sprach die Kommission Empfehlungen hinsichtlich ihrer Ziel- und Aufgabenstellung sowie der Arbeitsweise aus. Der Bundestag stimmte dieser Vorlage am 20. Mai 1994 zu.⁷⁶

⁷³ Tatsächlich sind in der Kommission Sachverständige mit überwiegend westdeutscher Biographie vertreten, das Verhältnis von ost- und westdeutschen Abgeordneten ist jedoch annähernd gleich gewesen. Vgl. Lars v. Törne: Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, a.a.O., S. 8. Siehe hierzu auch das Interview mit Gerd Poppe vom 20.9.95, in dem dieser sich gegenteilig äußerte. Er betonte die Dominanz ostdeutscher Vertreter in der Kommission und unter den Abgeordneten. Hingegen sei bei den Sachverständigen und Expertisen eine Westdominanz festzustellen, Anhang, S. 5.

⁷⁴ Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 187.

Vgl. auch Wolfgang Schuller, für den Name, Fragestellung und prinzipieller Ansatz der Kommission „von fast sensationeller Bedeutung sind“: Entgegen der früheren DDR-Forschung werde jetzt der Schwerpunkt auf die Herrschaft einer monopolistischen Partei gelegt und das Herrschaftssystem als Diktatur bezeichnet. Außerdem beziehe sich der Titel auf das gesamte Deutschland, W. Schuller: Bericht der Enquete-Kommission, a.a.O., S. 739.

⁷⁵ Manfred Wilke: Die deutsche Einheit, a.a.O., S. 10.

⁷⁶ Die Einsetzung der Kommission war in der Öffentlichkeit sehr umstritten. Sie löste im September 1992 die Gründung weiterer Geschichtsforen und -kommissionen aus, die unter einem anderen Blickwinkel arbeiten wollten. So gründeten Wolfgang Harich u.a. die 'Alternative Enquete-Kommission' als bewußtes „Gegenstück zur Eppelmann-Kommission“ (Neues Deutschland, 28.9.92). Die PDS-nahe Kommission wollte die ostdeutsche Perspektive vertreten. Die DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann und Wolfgang Thierse hingegen wollten in den schon im März 1992 gegründeten 'Foren zur Aufklärung und Erneuerung' die Opfer-Perspektive vertreten. Die Foren stellten ihre Arbeit allerdings schon im Mai 1993 ein.

1.2. Aufgaben und Ziele

Institutionalisiert wurde die Enquete-Kommission vom Bundestag 1969 als Instrument „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“.⁷⁷ Sie sollte neben den Auswirkungen politischer Maßnahmen künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen und Empfehlungen für politische Entscheidungen erarbeiten. Die enge Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern hatte die Aufgabe, das Parlament in seiner Rolle als Planungs-, Gesetzgebungs- und Kontrollorgan der Regierung, aber auch in seiner Repräsentations-, Artikulations- und Integrationsfunktion zu stärken.⁷⁸

In der Praxis zeigten die Aufträge der bisherigen Enquete-Kommissionen, „daß der Bundestag mit seinen Einsetzungsbeschlüssen oftmals auf in der Öffentlichkeit diskutierte gesellschaftspolitische oder naturwissenschaftlich-technische Kontroversen reagiert hat.“⁷⁹

Nach Ansicht von Christian Metzger stärkt der Bundestag mit der Einsetzung von Enquete-Kommissionen öffentlich Themen, die politisch oder parlamentarisch nur geringen Rückhalt haben.⁸⁰ Oder er gewinnt durch sie Zeit, um „über ein Thema nicht entscheiden zu müssen.“⁸¹

Weiterreichende Einflußmöglichkeit auf die Gesetzgebung besitzt die Kommission aber nicht. Die Hauptfunktion dieser Institution liegt vielmehr darin, mittels Kommunikation mit der Öffentlichkeit „gleichzeitig integrativ und legitimativ zu wirken“.

Das heißt,

„eingetretene oder sich abzeichnende Legitimationsdefizite für das politische System (...) zu artikulieren, mögliche Lösungsvorschläge gemein-

⁷⁷ Diese Ziel- und Aufgabenstellung sei im Nachhinein nicht präzisiert worden, vgl. Heiko Braß: Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: Thomas Petermann (Hg.): Das wohlberatene Parlament. Orte und Prozesse der Politikberatung beim Deutschen Bundestag, Berlin 1990, S. 67 f.

⁷⁸ Unter Integrationsfunktion ist die „Beteiligung von Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Organisationen an Beratungsgremien und den dadurch geförderten Ausgleich von Interessen aller beteiligten Gruppen“ zu verstehen, vgl. Christian Metzger: Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Frankfurt/Main 1995, S. 94 f.

⁷⁹ Heiko Braß: Enquete-Kommissionen, in: Thomas Petermann: Das wohlberatene Parlament, a. a. O., S. 85.

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 171.

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 143.

sam (überparteilich) zu erarbeiten, konsensual zu formulieren und die entstandenen Partikularinteressen dadurch kohäsiv an das politische System zu binden.⁸²

Die Enquete-Kommission soll somit zur Stabilisierung des politischen Systems beitragen.

Diese Überlegungen finden sich in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte bestätigt. Ihre Einsetzung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Debatte über die DDR-Vergangenheit in vollem Gange war und die Gesellschaft in verschiedene Gruppen zu spalten drohte. Die Politiker begegneten dieser Debatte weitgehend mit Ignoranz: „Weder die Bundesregierung noch die Parteien und auch nicht der Bundestag hatten Zeit und Sinn für die deutsche Teilungsgeschichte.“⁸³ Sie standen deshalb, sollte die aktuelle Politikverdrossenheit nicht zunehmen, unter „Rechtfertigungs- und Handlungszwang“. Mittels der Enquete-Kommission wollte sich der Bundestag deshalb nicht nur eines hochaktuellen Themas annehmen, sondern auch das Politikverständnis der Bevölkerung beeinflussen:

„Die im Bonner Alltag verschwundenen Sonnenseiten des Parlamentarismus sollten in der Kommission zu neuem Leben erweckt werden. Statt informeller Absprachen und parteipolitischer Schaukämpfe trat ein mit Betroffenen diskutierendes und von Fachleuten beratenes rasonnierendes Parlament in die Öffentlichkeit. Die Präsentation eines vernunftgeleiteten Konsenses zum Wohl des Landes, geschaffen von Vertretern des Volkes, rief aufs neue die klassische Legitimation des parlamentarischen politischen Systems in Erinnerung.“⁸⁴

Doch nicht nur das politische System der Bundesrepublik sollte im Bewußtsein der Bevölkerung eine positive Verstärkung erfahren. Die Gesellschaft selbst sollte nach der Zeit der Teilung ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln. Dementsprechend erteilte sich die Enquete-Kommission den Auftrag, einen Beitrag „zur inneren Einigung Deutschlands“ zu leisten. Dazu galt es, die „Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten“ - dies läßt den Schluß zu, daß

⁸² Vgl. Frank Hampel: Überlegungen am Beispiel von Enquete-Kommissionen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1 (1991), Jg. 22, S. 118 ff.

⁸³ Manfred Wilke: Die deutsche Einheit, S. 4.

⁸⁴ Vgl. Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, S. 1177.

die Kommission eine politische Aufgabe hatte und „kein Gremium von Fachhistorikern“⁸⁵ war.

Aus den Materialien der Enquete-Kommission geht darüberhinaus hervor, daß sie sich vor allem „den Deutschen in den neuen Bundesländern“ verpflichtet fühlte, „Hilfen bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und bei der Bewertung persönlicher Verantwortung anzubieten“. Neben der „Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten“ sollte ein „Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft“ geleistet werden. Das oberste Anliegen war jedoch die „Festigung des demokratischen Bewußtseins“ und die „Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland“.⁸⁶

Der Kommission kam die Aufgabe zu, innerhalb von sechs Themengebieten „Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zur politisch-moralischen Bewertung zu erarbeiten.“⁸⁷

1. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Verantwortlichkeiten im SED-Staat
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie
3. Recht, Justiz und Polizei
4. Innerdeutsche Beziehungen sowie internationale Rahmenbedingungen
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen
6. Abweichendes und widerständiges Verhalten und oppositionelles Handeln, die Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung⁸⁸.

1.3. Arbeitsweise

Untersucht man die Zusammensetzung und Arbeitsweise von Enquete-Kommissionen, so deuten diese zunächst auf das Ideal einer Gleichberechtigung hin. Abgeordnete und Sachverständige mit gleichem Stimmrecht sollen sich in der Erar-

⁸⁵ Vgl. Manfred Wilke: Die deutsche Einheit, S. 18.

⁸⁶ Materialien der Enquete-Kommission, S. 188.

⁸⁷ Ebenda, S. 188.

⁸⁸ Ebenda, S. 188 f.

beitung eines Themenkomplexes ergänzen.⁸⁹ Sie holen wissenschaftliche Gutachten ein und führen öffentliche Anhörungen durch, in denen Wissenschaftler und Zeitzeugen befragt werden. Die Ergebnisse und Empfehlungen fließen konsensual in einen Abschlußbericht für den Bundestag ein. Davon abweichende Haltungen können in Form eines Sondervotums in den Bericht integriert werden.

In der Praxis der Kommissionsarbeit hingegen lassen sich vielfältige Möglichkeiten politischer Einflußnahme und Interessenbekundung feststellen. Die Bundestagsfraktionen und -gruppen entscheiden nicht nur über die Entsendung von Abgeordneten in die Kommission, sondern auch über die Berufung der externen Sachverständigen. Die Auswahl parteinaher Sachverständiger stellt „sicher, daß neben dem Sachverständigen auch der Einfluß der Fraktionen und Verbände zum Tragen“ kommt⁹⁰. Sie legt „den Erkenntnispielraum fest, den sich die beteiligten Fraktionen überhaupt zumuten wollen“.⁹¹

Die angestrebte „mehr oder weniger paritätische und gleichberechtigte Teilnahme von Wissenschaftlern und Politikern“⁹² wird durch die Dominanz der Abgeordneten geschmälert. Nach Ansicht von Heiko Braß, der die Arbeit von Enquete-Kommissionen untersucht hat, sind die Abgeordneten, rein zahlenmäßig meist überlegen, im Vergleich zu den Sachverständigen einerseits in „politischen Aushandlungsprozessen“ erfahrener, andererseits können sie „auf die der Tätigkeit einer Enquete-Kommission vor- und nachgelagerten Entscheidungsprozesse im Parlament Einfluß nehmen.“⁹³ Doch besteht nicht nur ein „nachweisbares latentes Machtgefälle zwischen parlamentarischen und nicht-parlamentarischen Mitgliedern“⁹⁴. Die kom-

⁸⁹ Heiko Braß verwendet dafür den Begriff der ‘dialogischen Politikberatung’: Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld, in: Petermann: a.a.O., S. 65.

⁹⁰ Vgl. Christian Metzger: Enquete-Kommissionen, S. 124.

Weitere Einflußmöglichkeiten für die Fraktionen bestehen in ihren Arbeitsgruppen, die die Kommissionssitzungen und Anhörungen vorbereiten bzw. auswerten, und in denen Kommissionsmitglieder, Vertreter nahestehender Organisationen, Wissenschaftler und Fraktionsreferenten sitzen. Vgl. Wolfgang Ismayr: Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, S. 37.

⁹¹ Vgl. Heiko Braß: Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld, S. 71, zit.n. v. Thienen.

⁹² Vgl. Frank Hampel: Überlegungen am Beispiel von Enquete-Kommissionen, S. 120.

⁹³ Vgl. Heiko Braß: Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld, in: Petermann, S. 71.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 71, zit.n. v. Thienen.

Zur Dominanz der Abgeordneten sowie dem Rollenkonflikt der Wissenschaftler im Diskurs mit der Politik siehe insb. Christian Metzger: Enquete-Kommissionen, S. 127 ff. bzw. S. 70 ff.

missionsinternen Verständigungsverhältnisse sowie der Austausch mit Fraktionen und Regierung sind nach Aussagen von Thomas Petermann grundsätzlich von

„Kalkülen der Machtgewinnung und -verzerrung verzerrt (...): Immer geht es darum, die Initiative zu erlangen, Meinungsführerschaft zu gewinnen, Einflußmöglichkeiten im eigenen Interesse zu nutzen, so daß das Thema oder die sogenannten 'Sachfragen' oftmals an den Rand gedrängt werden.“⁹⁵

Konkret geschieht das durch Vorabsprachen zwischen Abgeordneten und Sachverständigen und dem „Schnüren von Verhandlungspaketen und Gegenleistungen in einem Prozeß des 'Aushandelns'“.⁹⁶

Dabei nimmt der Vorsitzende der Enquete-Kommission, der vielerlei Funktionen ausübt, eine hervorgehobene Stellung ein.⁹⁷ Sein inhaltlicher Einfluß verstärkt sich dadurch, daß der Leiter des Sekretariats ihm politisch nahesteht. Letzteres hat wiederum erheblichen Einfluß durch die Vorformulierung von Berichtsentwürfen.⁹⁸

Enquete-Kommissionen können zur Arbeitsentlastung und vertiefenden Bearbeitung Unterkommissionen oder Berichterstattergruppen bilden, die den weiteren Verlauf in deutlicher Weise bestimmen.⁹⁹ So setzte die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für jedes Themenfeld eine Berichterstattergruppe ein, die aus fünf bis sieben Mitgliedern aller Fraktionen beziehungsweise Gruppen und aus externen Sachverständigen bestand. Die Berichterstattergruppen hatten Vorschlagsrechte hinsichtlich der „beiden wesentlichen Informationsquellen der Arbeit der Enquete-Kommission“¹⁰⁰: die Vergabe von Expertisen an auswärtige Wissenschaftler und die Themenschwerpunkte der Öffentlichen Anhörungen von Wissenschaftlern und Zeitzeugen. Diesen Vorschlägen mußten neben der Kommission auch die

⁹⁵ Und weiter: „Die Unschuld gemeinwohlorientierten gemeinsamen Bemühens behält der Diskurs innerhalb der Enquete-Kommission (zwischen Wissenschaft und Politik) und dann verstärkt zwischen Enquete-Kommissionen und Fraktionen, Ausschüssen und Regierung wohl nur in seltenen Fällen und dann nur zeitlich begrenzt.“ Thomas Petermann: *Das wohlberatene Parlament*, S. 11.

⁹⁶ Vgl. Wolfgang Ismayr: *Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages*, S. 37.

⁹⁷ Dazu gehören die Vorbereitung und Leitung der Sitzungen, Durchführung der Kommissionsbeschlüsse und die Repräsentation der Kommission nach außen, vgl. Christian Metzger: *Enquete-Kommissionen*, S. 135.

⁹⁸ Vgl. ebda., S. 137.

⁹⁹ Durch Untergliederung in Unterkommissionen werde das „weitere Vorgehen und die Auswahl der Fragestellungen präjudiziert (...), ohne daß dies offen zutage tritt.“ Ebenda, S. 137.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 192 f.

Arbeitsgruppen der Fraktionen sowie die Bundestagspräsidentin zustimmen.¹⁰¹ Außerdem erarbeiteten die Berichterstattergruppen Vorlagen für den Bericht der Kommission an den Bundestag. Sie entschieden somit darüber, wie und mit wem der nur grob formulierte Arbeitsauftrag inhaltlich konkretisiert wurde.

Neben den jeweils nicht-öffentlichen Sitzungen der Berichterstattergruppen und der Kommission tagten auch die Obleute¹⁰² und Arbeitsgruppen der Fraktionen und Gruppen sowie Arbeits- und Projektgruppen, die sich mit speziellen Fragestellungen (zum Beispiel Archive) befaßten.

2. Das Thema Opposition und Widerstand: Die Bedeutung der Begriffsdefinition

2.1. Entstehungsgeschichte und Arbeit

Noch im Februar und März 1992 räumten die Fraktionen in ihren Anträgen zur Errichtung einer Enquete-Kommission dem Thema Opposition keinen herausragenden Stellenwert ein. Einzig die SPD sah den Untersuchungsschwerpunkt „Leben in der Diktatur“ mit einer „Offenlegung des Umfangs und der Form des politischen Widerstandes“ und der Untersuchung der „Beziehungen zwischen politischem Widerstand und Kirche“ vor.¹⁰³

Die anderen Bundestagsfraktionen und -Gruppen konkretisierten das Thema wenig oder interessierten sich nur für besondere Aspekte des Widerstands. Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sprachen ganz allgemein von den „Auswirkungen der SED-Diktatur auf das Alltagsleben und das Verhalten der DDR-Bevölkerung“.¹⁰⁴ Die CDU wollte sich mit der „Unterdrückung der Opposition“ innerhalb des Machtapparates befassen. Nur ausgewählte gesellschaftliche Bereiche sollten in ihrem Span-

¹⁰¹ Gespräch am 16.1.97 mit Thomas Ammer, Mitarbeiter im Sekretariat der Enquete-Kommission.

¹⁰² Sie repräsentieren die Fraktionsinteressen, vertreten inhaltliche Fragen und sprechen sich in Konfliktsituationen mit dem Kommissionsvorsitzenden ab. „Daß dabei (Vor-)Entscheidungen außerhalb der Verhandlungen getroffen werden, gehört zum parlamentarischen Beratungsmodus. Damit wird zugleich die Dominanz der Politik gefestigt und der Einfluß der Sachverständigen verringert.“ Christian Metzger: Enquete-Kommissionen, S. 136.

¹⁰³ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 5.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 9.

nungsfeld „zwischen Anpassung und Kritik, Unterstützung und Verweigerung“ untersucht werden: Kirche, Medien, Kultur und Sport sowie ihre jeweiligen Repräsentanten.¹⁰⁵ Die PDS betonte in ihrem Antrag, daß die Einbindung der DDR in den Entspannungs- und KSZE-Prozeß der DDR-Opposition einen Schutz geboten habe. Zugleich fragte sie nach der Instrumentalisierung dieser Situation durch bundesdeutsche Institutionen (Parteien und Geheimdienst)¹⁰⁶ - ein Versuch, den SED-Apparat im Nachhinein durch Liberalisierungstendenzen sowie die Mitschuld der Bundesrepublik zu entlasten. Erst die von der Enquete-Kommission vorgelegte und vom Bundestag gebilligte Empfehlung hat dem Thema eine größere Bedeutung beigegeben. Sie nannte Opposition als vierten von acht relevanten Aspekten.

Nach weiteren Beratungen legte die Kommission „Opposition und Widerstand“ als sechstes (und letztes) Themengebiet mit dem Titel „Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Handelns und oppositionellen Verhaltens, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur“ fest.¹⁰⁷ Auffallend ist die Bedeutung, die dem Thema Kirche zugemessen wurde: Rolle und Selbstverständnis der Kirchen wurden gesondert vom Thema Opposition behandelt.

Infolge des Zeitplans fanden die Öffentlichen Anhörungen zu diesem Sachgebiet erst im März und April 1994 statt; wenige Monate, bevor der Abschlußbericht dem Bundestag vorgelegt werden mußte. Abgesehen von dem dadurch entstehenden Zeitdruck, wurde die Kommissionsarbeit zwangsläufig vom Wahlkampf für die Bundestagswahl im Oktober 1994 überlagert. Wiederholt wird die parteipolitische Instrumentalisierung der Arbeitsinhalte gerade in der Schlußphase der Enquete-Kommission betont.¹⁰⁸

Zum Thema Opposition und Widerstand führte die Enquete-Kommission zwei Öffentliche Anhörungen mit Vorträgen, Zeitzeugenbefragung und anschließender Diskussion und eine nichtöffentliche Anhörungssitzung durch. Darüberhinaus vergab sie

¹⁰⁵ Vgl. Materialien, Bd. I, S. 19.

¹⁰⁶ Vgl. Ebenda, S. 15.

¹⁰⁷ Schon der Titel deutet die Schwierigkeiten mit Begriffen und Definitionen an. Hubertus Knabe spricht vom „umständlichen Auftrag“ der Enquete-Kommission an die Arbeitsgruppe: Was war die ‘DDR-Opposition’? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv 2 (1996), S. 185.

¹⁰⁸ Vgl. z.B. Christoph Kleßmann, Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, a.a.O., S. 10.

23 Expertisen und zog zwei von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Gutachten heran.¹⁰⁹

2.2. Die Berichterstattergruppe

Die Bundestags-Fraktionen und -Gruppen entschieden über die Entsendung von Abgeordneten und Sachverständigen in die Berichterstattergruppen, die eine Stärke von fünf bis sieben Mitgliedern nicht überschreiten sollten.¹¹⁰ Diese Gruppen wählten jeweils einen Einberufer, der nach Beendigung der Arbeit (Sichtung der Expertisen und Durchführung der Öffentlichen Anhörungen) einen vorläufigen Bericht für die Enquete-Kommission schrieb.

Der Berichterstattergruppe zum Themenfeld VI (Opposition und Widerstand) gehörten sieben Mitglieder der Enquete-Kommission an, davon drei Vertreter der Fraktionen und Gruppen: Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen), Jürgen Schmieder (FDP) und Dietmar Keller (PDS/LL) sowie vier von den Parteien bestimmte Sachverständige: Karl Wilhelm Fricke (Publizist, ehemaliger Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunks Köln, CDU), Manfred Wilke (Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, „Forschungsverbund SED-Staat“ der FU Berlin, Austritt aus der SPD 1994, jedoch von der CDU als Sachverständiger bestimmt), Martin Gutzeit (Theologe, Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, SPD) und Armin Mitter (Institut für Geschichte der Humboldt-Universität Berlin, Unabhängiger Historikerverband, für Bündnis 90).¹¹¹

¹⁰⁹ Weitere für das Thema Opposition und Widerstand relevante Öffentliche Anhörungen und Expertisen sind in den anderen Sachgebieten zu finden, Materialien der Enquete-Kommission: Protokoll der 42. Sitzung, Öffentliche Anhörung: „Der Volksaufstand am 17. Juni 1953“, Bd. II, S. 746-803. Expertise Jan Faktor: „Brüche und Abgrenzungstendenzen unter den jungen Oppositionellen in der DDR und in der alternativen Kultur. Verdeckte Brüche, der Verrat und die Konsequenzen.“ Bd. III, S. 826-852. Expertise Karl F. Schumann: „Flucht und Ausreise aus der DDR insbesondere im Jahrzehnt ihres Untergangs“, Bd. V, S. 2359-2406. Protokoll der 57. Sitzung, Öffentliche Anhörung: „Die Kirche und die Gruppen“, Bd. VI, S. 175-250. Expertise Irene Chaker: „Die Arbeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im 'Operationsgebiet' und ihre Auswirkungen auf oppositionelle Bestrebungen in der DDR“, Bd. VIII, S. 126-243.

¹¹⁰ Gespräch mit Armin Mitter, Sachverständiger für Themenfeld VI, am 14.6.96.

¹¹¹ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 197 ff. sowie nach Informationen von Ammer und Mitter.

Nach Informationen von Armin Mitter hat es bei der Entscheidung, wer in die Berichterstattergruppe VI zu entsenden sei, keinen Streit gegeben. Zudem sei es selbstverständlich gewesen, den für das Thema kompetenten Gerd Poppe von Bündnis 90/Die Grünen als Einberufer zu bestimmen.¹¹²

In der Gruppe VI dominierten eindeutig die Vertreter aus dem Osten Deutschlands. Anders als in der Gesamt-Kommission waren alle Abgeordneten sowie die Hälfte der Sachverständigen aus der ehemaligen DDR. Die Gruppe setzte sich fast ausschließlich aus DDR-Oppositionellen und -Kritikern zusammen¹¹³: Von fünf Ostdeutschen (Poppe, Schmieder, Keller, Gutzeit, Mitter) waren vier in der Oppositions- oder Bürgerrechtsbewegung und am Zentralen Runden Tisch der DDR aktiv gewesen. Zu erwähnen ist hier Schmieders Mitgliedschaft in der Blockpartei LDPD von 1982 bis 1989. Seine Gegnerschaft zur DDR wird deshalb von manchen bezweifelt.

Der einzige Repräsentant des früheren DDR-Staatsapparates stellte keinen Gegenpol in der relativ homogenen Gruppe dar. Dietmar Keller, im DDR-Kulturministerium stellvertretender Staatssekretär und von November 1989 bis März 1990 Kulturminister¹¹⁴, war vielmehr für seine moderate und kooperative Haltung bekannt.¹¹⁵

Die beiden Westdeutschen (Fricke und Wilke als Sachverständige) standen in ihrem Selbstverständnis der DDR-Opposition nah.¹¹⁶ Karl Wilhelm Fricke hat sich im Anschluß an seine Verschleppung in Westberlin durch das MfS in den fünfziger Jahren der publizistischen DDR-Forschung gewidmet und über die Opposition berichtet.¹¹⁷

¹¹² Die Diskussionen über die Entsendung fanden in nicht-öffentlichen Sitzungen statt, deren Protokolle nicht zugänglich sind.

¹¹³ Der Bürgerrechtler Gerd Poppe hat sich in Friedenskreisen engagiert, die IFM (Initiative für Frieden und Menschenrechte) mitbegründet und sie am Zentralen Runden Tisch vertreten. Jürgen Schmieder war von 1982 bis 1989 Mitglied der LDPD, Mitbegründer des Neuen Forums im Herbst 89 sowie der Deutschen Forumspartei. Martin Gutzeit saß als Mitbegründer der SDP am Zentralen Runden Tisch, an dem sich auch Armin Mitter als Sachverständiger beteiligte. Vgl. Barth, Bernd-Rainer; Links, Christoph; Müller-Enbergs, Helmut; Wielgoß, Jan (Hg.): Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Berlin 1995.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, S. 362.

¹¹⁵ Dietmar Keller war ein in der Kommission relativ angesehener Politiker (Laut Telefonat mit Manfred Wilke am 1.7.97).

¹¹⁶ Telefonat mit Manfred Wilke: Alle Sachverständigen in Gruppe VI stammten „aus einer Ecke“. Er selber bezeichnet sich als einen schon zur DDR-Zeit überzeugten Anti-Kommunisten.

¹¹⁷ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984.

In der Zusammensetzung der Berichterstattergruppe spiegeln sich die Aushandlungsprozesse zwischen den Parteien wider.¹¹⁸ Als Beleg für das relativ geringe Interesse und Zuständigkeitsgefühl der 'großen' Parteien muß die Tatsache gelten, daß die drei Abgeordneten den 'kleineren' Parteien Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS angehörten, und daß Bündnis 90/Die Grünen mit Poppe und dem parteinahen Sachverständigen Mitter überproportional repräsentiert war.

Die biographischen Hintergründe der Akteure im Themenfeld VI haben mögliche Interessendivergenzen auf Grund der Parteizugehörigkeit überlagert und ein gemeinsames Interesse und Ziel hinsichtlich der Thematik gestiftet.¹¹⁹ Diese Übereinstimmung war größer als in anderen Berichterstattergruppen¹²⁰, was einen nicht zu unterschätzender Einflußfaktor auf die inhaltliche Arbeit der Berichterstattergruppe darstellt. Neben diesem weitgehenden thematischen Konsens waren auch die strukturellen Einflußmöglichkeiten der Berichterstattergruppe wegweisend für die weitere Arbeitsgestaltung. Ihre wesentliche Aufgabe bestand darin, die Themen und Autoren für die Expertisen sowie die Themen, Zeitzeugen und Wissenschaftler für die Öffentlichen Anhörungen vorzuschlagen. Außerdem faßte sie (beziehungsweise der Einberufer) ihre Arbeitsergebnisse in einer vorläufigen Fassung für den Bericht zusammen.

Somit verlagerten sich wichtige Entscheidungen, die inhaltlich richtungsweisend waren, auf eine kleine, relativ homogene Gruppe: Sie beeinflusste, worüber diskutiert und geforscht wurde, und wer an diesem Prozeß beteiligt war. Im Wesentlichen trug sie die Verantwortung dafür, ob, inwieweit und mit wem der Widerstands- und Oppositionsbegriff und seine Definitionen diskutiert wurden.

¹¹⁸ Martin Gutzeit stellte hinsichtlich der Entsendung in die Berichterstattergruppe VI die Frage: „Wer war legitimiert, darüber einigermaßen etwas zu sagen? Und wer konnte sich ohne größere Anstrengungen dagegen verwahren, sich in die eigenen Angelegenheiten reinpfuschen zu lassen?“ Vgl. Lars v. Törne: Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, Interview vom 26.9.95, Anhang, S. 2.

¹¹⁹ So auch die Einschätzung vom Kommissionsmitglied Dirk Hansen (Obmann der FDP): „Die Bürgerrechtler hatten unter sich ja ein gutes Einvernehmen - die Gruppe Bündnis 90 hatte richtige Freunde. Auch Eppelmann ist ein Freund dieser Dissidenten gewesen. Die waren auch persönlich befreundet. (...) Insofern war dieses Grundverständnis der Dissidenten, die jetzt in verschiedenen Parteien waren, immer noch vorhanden. (...) Das ist ein alter Stamm von DDR-Dissidenten, die unabhängig von ihrer jetzigen politischen Zuordnung noch viel gemeinsam haben.“ Ebenda, Anhang, Interview IV, S. 5.

¹²⁰ Armin Mitter bestätigt, daß zum Oppositionsthema inhaltlich relativ großes Einvernehmen bestand und die Auseinandersetzungen im Vergleich zu anderen Themen gemäßigt waren. Vgl. ebenda, Interview vom 26.9.95, Anhang S. 3.

2.3. Die Expertisen

Die Berichterstattergruppe ließ ihre Themen- und Autorenvorschläge für die Expertisen von der Kommission genehmigen und schloß mit dem jeweiligen Wissenschaftler einen Vertrag über das Thema und die inhaltlichen Gliederungspunkte ab.¹²¹

Die 23 Expertisen und zwei Gutachten beschäftigen sich mit der Entwicklung, den Formen und Zielen oppositioneller und widerständiger Aktivitäten von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bis zum Ende der DDR. Sie untersuchen die Reaktionen der SED auf oppositionelles Verhalten sowie die Rolle des Westens oder der osteuropäischen Dissidenten als äußere Einflußfaktoren. Schließlich geht es um den 9. November 1989, die Rolle des Runden Tisches und die Regierungen Modrow und de Maizière.

Insofern umfassen die Expertisen ein weites Themenspektrum. Neben Einzelpersonen und oppositionellen Gruppierungen werden auch die Blockparteien, die SED und das Handeln im Alltag, die inneren (DDR-internen) und äußeren Ursachen der Auflehnung berücksichtigt.

Überraschenderweise werden einige zentrale Fragen schwerpunktmäßig nicht hier, sondern in vorherigen Themenfeldern behandelt: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 im Arbeitsbereich „Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat“, die Flucht- und Ausreisebewegung im Bereich „Deutschlandpolitik und innerdeutsche Beziehungen“ und die Rolle der Kirchen als eigenständiges Sachgebiet. Da diese Entscheidung in informellen Gesprächen¹²² und nicht-öffentlichen Sitzungen getroffen wurde, lassen sich die ausschlaggebenden politischen Erwägungen nicht nachzeichnen.

¹²¹ Laut Gespräch mit Ammer, 16.1.97.

¹²² Einige ostdeutsche Kommissionsmitglieder kannten sich von früher her gut und einigten sich in informellen Gesprächen über inhaltlich umstrittene Punkte: „...,daß wir viel hinter den Kulissen versucht haben auszumachen, da wurde auch vieles unter Leuten geklärt, die aus der DDR kamen, aber jetzt ganz unterschiedlichen Richtungen zuzuordnen sind.“ Vgl. Lars v. Törne: Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, Interview mit Armin Mitter, Anhang, S. 4.

Das Verhältnis unter den Expertisenautoren war ausgewogen: Sie sind verschiedenen politischen Richtungen zuzuordnen (darunter zwei PDS-Vertreter¹²³). Sowohl ostdeutsche als auch westdeutsche Wissenschaftler äußern sich zur DDR und zur Rolle der bundesdeutschen Parteien und Medien. Hingegen analysieren die Vertreter aus der ehemaligen DDR überwiegend solche Aspekte von Opposition und Widerstand, mit denen sie vor 1990 biographisch verbunden waren.

Nur die Expertisen von Eckhard Jesse, Christoph Kleßmann, Martin Jander, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk¹²⁴ befassen sich mit der Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand. Da sie sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven nähern, ergibt sich aus den fünf Untersuchungen eine Vielfalt weiterer Begriffe und Definitionen. Die beiden Berichte über „Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten“ zielen auf einen allgemeinen Überblick: Jesse analysiert chronologisch die Oppositionsgeschichte, Kowalczyk im Querschnitt die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche. Demgegenüber wenden sich Kleßmann, Eckert und Jander den konkreten Oppositionsformen der siebziger und achtziger Jahren zu. Ihre Definitionsbestimmung ist weniger ausführlich als die von Kowalczyk und Jesse.¹²⁵

¹²³ Thomas Klein und Wilfriede Otto (Historische Kommission der PDS) untersuchen in je einer Expertise „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“, vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 2, S. 1031 ff. und 1437 ff.

¹²⁴ Die Verfasser repräsentieren unterschiedliche Forschungsschwerpunkte und politische Einstellungen, allerdings nicht die PDS: Jesse (CDU-nah), Schwerpunkt Totalitarismus-Forschung, hat mittlerweile einen Lehrstuhl in Chemnitz, Kleßmann (SPD-nah) lehrt an der Universität Potsdam und leitete damals das Institut für Zeithistorische Studien Potsdam. Jander (CDU-nah) arbeitet im Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Eckert und Kowalczyk sind aus der ehemaligen DDR und Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes, der sich 1990 aus jüngeren ostdeutschen und DDR-kritischen Historikern konstituierte. Eckert (SPD-nah) war kürzlich noch als Historiker an der Humboldt-Universität Berlin und leitet jetzt die Außenstelle Leipzig vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Kowalczyk arbeitet an seiner geschichtswissenschaftlichen Promotion (HU Berlin). Er war in der Endphase der DDR in der Oppositionsbewegung aktiv. Informationen von Thomas Ammer (Gespräch am 14.6.96). Zu verschiedenen DDR-Forschungsrichtungen vgl. Christoph Kleßmann, der in seinem Aufsatz „Zeitgeschichte in Deutschland“ einen Überblick über bundesdeutsche Institutionen der DDR-Zeitgeschichtsforschung vor und nach 1989 gibt. Als „polemisch“ bezeichnet er den Unabhängigen Historikerverband (mit den Autoren der Expertisen Eckert, Kowalczyk und dem Sachverständigen Mitter), der sich 1990 aus „jüngeren DDR-Historikern mit ausgeprägter Regimedistanz“ bildete, ebenso wie den 'Forschungsverbund SED-Staat' der FU Berlin (mit dem Sachverständigen Wilke), der „sich prononciert vom mainstream der alten DDR-Forschung“ abgrenze. S. 8 f.

¹²⁵ Zu den Definitionen vgl. Kapitel IV.1.2. der vorliegenden Arbeit.

Alle anderen Expertisen bleiben auf der Ebene der Beschreibung und Analyse oppositionellen Verhaltens, ohne eine Definition von Opposition und Widerstand zu versuchen. Die unterschiedliche Verwendung der Begriffe ist deswegen unklar und wirkt teilweise beliebig. Dieser Mangel schmälert die Rolle einer Begriffsdefinition in den Expertisen. Gerade von wissenschaftlichen Expertisen wäre zu erwarten, daß sie das zugrundeliegende Begriffsverständnis erläutern. So entsteht der Eindruck, als seien nur ausgesuchte Wissenschaftler mit dieser Aufgabe betraut worden.¹²⁶

2.4. Die Öffentlichen Anhörungen

Die erste Öffentliche Anhörung zum Thema Opposition und Widerstand fand am 15. und 16. März 1994 in Jena statt („Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“), die zweite am 11. April 1994 in Berlin („Die Flucht- und Ausreisebewegung in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte“).

Die Anhörungen gliederten sich in eine Eröffnungsrede und eine Vortragsrunde mit ein bis zwei Vorträgen, ein Zeitzeugengespräch und die abschließende Diskussion. Dieser „Durchgang“ fand pro Anhörungstag zwei- bis dreimal hintereinander statt. In den Vorträgen kamen Wissenschaftler und Publizisten, Mitarbeiter oder Leiter beim Bundes- und Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und ehemalige Oppositionelle zu Wort. Die Zeitzeugengespräche und Diskussionen wurden von Mitgliedern der Enquete-Kommission geleitet (Politiker und Sachverständige). Bei den Zeitzeugen handelte es sich ausschließlich um Personen, die sich oppositionell verhalten oder zwischen zum Teil angepaßtem, größtenteils aber nicht-konformem Verhalten gewechselt hatten.

In der Diskussion wurden die Zeitzeugen und Referenten von Mitgliedern der Kommission befragt. Häufig diskutierten auch Letztere miteinander.

¹²⁶ Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit und um wissenschaftlichen Kriterien zu genügen, hätte für alle Expertisen die Auflage gelten müssen, zumindest eingangs das zugrundeliegende Begriffsverständnis zu erläutern. Ein Verzeichnis der Expertisen findet sich in: Materialien, Bd. I, S. XXIII f. oder, ausführlicher, in Bd. VII, 1, S. 3 ff.

Öffentliche Anhörungen bieten grundsätzlich die Möglichkeit, Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen aus den Bereichen Politik und Wissenschaft und dem Alltag zu beteiligen. Die Auswahl der an den Öffentlichen Anhörungen Beteiligten weist jedoch eine Schieflage auf. Zum einen traten keine Referenten und Zeitzeugen aus dem 'anderen Lager', dem Machtapparat der ehemaligen DDR auf, zum anderen gehörten die Zeitzeugen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen an:

„Und wenn Sie etwas zur Repräsentativität der Zeitzeugen hören wollen: Sie haben zwei Filmemacher, einen Journalisten, einen Pfarrer und einen Architekten hier. Glauben Sie im Ernst, daß das für irgendetwas repräsentativ ist?“¹²⁷

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß 'Repräsentanz' (im kommunikationswissenschaftlichen Sinne) in diesem Kontext nicht leistbar war, widerspricht die einseitige Auswahl von Zeitzeugen der ursprünglichen Absicht, möglichst viele Menschen in den Aufarbeitungsprozeß zu integrieren und die vielfältigen Lebensformen in der DDR aufzuzeigen.¹²⁸

Diese Tendenz erfuhr dadurch eine zusätzliche Verstärkung, da die Beteiligten des öfteren Doppel- oder Dreifachrollen übernahmen: Sie waren in der DDR oppositionell tätig gewesen und übten nun ein Amt in der Enquete-Kommission aus oder wurden als Referenten beziehungsweise Zeitzeugen zu den Öffentlichen Anhörungen eingeladen. So wirkten sie an den Vorentscheidungen zum Arbeitsprozeß sowie an konkreten Inhalten mit.

Eppelmann eröffnete als Vorsitzender der Kommission die zweite Anhörung und trat anschließend als Zeitzeuge auf - ebenso Poppe (Einberufer der Berichterstattergruppe VI). Thomas Ammer vom Sekretariat der Enquete-Kommission und die Sachverständigen Gutzeit und Fricke hielten einen Vortrag. Eckert und Kowaczuk, die mit Expertisen beauftragt worden waren, berichteten in jeweils einer Anhörung

¹²⁷ Kommentar von Prof. Dr. Volker Ronge während der zweiten Öffentlichen Anhörung. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 1, S. 386.

¹²⁸ Auch in anderen Arbeitsbereichen war die Auswahl der Zeitzeugen einseitig, z.B. im Bereich Deutschlandpolitik: „Leider kamen zu diesem überaus komplizierten Themenfeld in den Anhörungen nur wenige, zudem in politische Entscheidungsprozesse kaum einbezogene DDR- bzw. SED-Akteure zu Wort. Diese Verfahrensweise führt zu offensichtlichen Schieflagen, die auch der Abschlußbericht registriert.“ Gerd-Rüdiger Stephan: 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', a.a.O., S. 147.

von ihren Erfahrungen. Zwei ehemalige Oppositionelle (Hilse, Jeschonnek) hielten Vorträge.

Zum einen wird die Rolle prominenter Oppositioneller durch dieses Verfahren überbetont - vermutlich, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Zum anderen kann das 'geballte' Auftreten von Kommissionsmitgliedern die inhaltliche Zielrichtung sichern.¹²⁹

Die Diskussion des Oppositions- und Widerstandbegriffs nahm während der beiden Anhörungen eine unterschiedliche Gewichtung ein.

In der ersten Anhörung, die sich über zwei Tage erstreckte, widmete Rainer Eppelmann einen Großteil der Eröffnungsrede dem „Versuch der begrifflichen Definition“¹³⁰. Er begann mit einem Zitat zum Stichwort Opposition aus dem „Kleinen Politischen Wörterbuch“ der DDR. Ihm stellte er andere Oppositionsdefinitionen und alternative Begriffe der Nationalsozialismus-Forscher Martin Broszat und Hans-Adolf Jacobsen, des Kommissionssachverständigen Karl Wilhelm Fricke und der Expertise von Christoph Kleßmann gegenüber - die anderen Expertisen ließ er unberücksichtigt.

Eine Entscheidung für einen bestimmten Oppositionsbegriff wollte Eppelmann nicht treffen: „Angesichts der Vielfalt möglicher Verhaltensweisen in einer Diktatur sind Opposition und Widerstand (...) einer allgemeinen Begriffsbestimmung weithin entzogen.“¹³¹

In der zweiten Anhörung über die Ausreisebewegung wurde nicht über Begriffe diskutiert.

Die Begriffsdefinition war nicht als Vortragsthema vorgesehen. Fricke ging in seinem Referat nur kurz auf die Problematik ein. In drei weiteren Vorträgen klangen

¹²⁹ Auf diese Gefahr hat sogar Markus Meckel im Zusammenhang mit Beiträgen von Zeitzeugen und ehemals Engagierten seit 1990 hingewiesen: „Insbesondere wenn Zeitzeugen und ehemalige Akteure ihre eigene Geschichte schreiben, wird man der Gefahr der Mythisierung und der einseitigen Urteile ins Auge sehen müssen. (...) Wenn gegenwärtig Berichte und Darstellungen von ehemals Oppositionellen erscheinen, so ist manchmal nicht ganz klar unterscheidbar, ob sie nicht doch der Versuchung erlegen sind, manche heutige Erkenntnis in die eigene Vergangenheit zu projizieren. Das muß nicht immer bewußt geschehen.“ M. Meckel: Aufbrüche, in: Ders., Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchlicher Friedensarbeit - Kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 28 f.

¹³⁰ Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 1, S. 13.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 14.

kurze Plädoyers für bestimmte Begriffe an, die jedoch nicht begründet wurden.¹³² Abgesehen davon fanden in den Vorträgen der beiden Sitzungstage keine Definitionsversuche statt.

Die Diskussionsrunden griffen das Thema Begriffsdefinition häufiger auf. Nachfragen hinsichtlich der Definition und hitzige Debatten fanden größtenteils zwischen den Kommissionsmitgliedern statt, sei es als Anregung der Gesprächsleiter oder auf Nachfrage und Kritik der Sachverständigen und Politiker.

Die Zeitzeugen beteiligten sich kaum an dieser Auseinandersetzung. Die Zeitzeugen Eckert und Kowalczuk ließen die Begriffsbestimmungen in ihren Expertisen außen vor.

Die Anhörungen erfuhren in der Öffentlichkeit eine weitaus größere Aufmerksamkeit als die Expertisen und der Bericht. Wenn hier das Begriffs- und Definitionsproblem nur eine marginale Rolle spielte, ist das ein Indiz für den politischen Charakter der Enquete-Kommission. Zwar klopfte Eppelmann in der Eröffnungsrede die Überlegungen ausgewählter Wissenschaftler fest; ansonsten aber wollte die Kommission zu viel Theorielastigkeit vermeiden.¹³³

Die weitere Thematisierung war vom Interesse der Teilnehmer abhängig. Die Zeitzeugen wurden in diesen Diskussionsprozeß nicht integriert. Hier überwog ein individuell beliebiger Gebrauch von Begriffen, deren Hintergrundverständnis nicht zum Ausdruck kam.

2.5. Der Bericht

Der Bericht der Enquete-Kommission stellt die Entstehung und Arbeitsstruktur der Kommission vor und faßt in konzentrierter Form ihre Arbeitsergebnisse zusammen. Ihm kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, da er das wichtigste Instrument zur Verbreitung der Ergebnisse darstellt. Letztlich wirkt sich sein Öffentlichkeitsbe-

¹³² Hubertus Knabe bezeichnet mit dem Begriff 'unabhängige politische Bestrebungen' den unorganisierten Widerstand und die Opposition in den 60er und 70er Jahren, vgl. Materialien, Bd. VII, 1, S. 76.

¹³³ Eppelmann: „Nach so viel theoretischem Einstieg wollen wir aber nun sehr rasch und energisch konkret werden.“ Ebenda, S. 15.

zug auf die inhaltliche und sprachliche Gestaltung aus: Die Akteure sind daran interessiert, daß ihre politischen Interessen hier ihren Niederschlag finden.¹³⁴

Dementsprechend nehmen politische Entscheidungen im Kapitel „Zur Begriffsbestimmung oppositionellen und widerständigen Verhaltens in der SBZ/DDR“ im Bericht konkrete Gestalt an, nimmt doch die Begriffsklärung nur wenig Raum ein. Das Kapitel widmet sich mehr einer knappen Einordnung oppositionellen beziehungsweise widerständigen Verhaltens in der DDR hinsichtlich seiner Erscheinungsformen und der Reaktionen von seiten der SED.¹³⁵

Begründend heißt es, die Begriffsbestimmung sei problematisch: Die Begriffe Opposition und Widerstand deckten die „Komplexität und Vielfalt regimekritischer, widerständiger und regimefeindlicher Verhaltensweisen“ nicht ab. Doch auch die Definition verschiedener Protesthaltungen, die ergänzend aufgezählt werden („Gesellschaftliche Verweigerung, Dissidenz, Opposition, Resistenz, Auflehnung sowie passiver und aktiver Widerstand“), erweise sich als schwierig.

Schließlich unterstreicht der Bericht die Begriffe und Definitionen, die von Forschern zum Widerstand im Nationalsozialismus geprägt worden sind und sich in diesem Zusammenhang bewährt haben. Sowohl ‘Resistenz’ (Martin Broszat) als auch ‘aktiver’ und ‘passiver Widerstand’ (Hans-Adolf Jacobsen) seien auf die Herrschaft der SED übertragbar - ein Terminus, den Jacobsen in der Öffentlichen Anhörung vorgeschlagen hatte. Nur ferner findet Christoph Kleßmann mit dem Dissidenz-Begriff Erwähnung, wie auch die Expertisen von Eckert und Kowalczyk nur in Klammern genannt werden.¹³⁶

So bleibt die Auseinandersetzung mit der Begriffsproblematik nicht nur auf der deskriptiven Ebene, zugleich wurde auf eine nicht transparente Weise die Auswahl von Begriffen und Definitionen vorgenommen: Der Bericht bezieht sich auf die Forscher und Begriffe, die Eppelmann bereits in der Eröffnungsrede genannte hatte (Broszat, Kleßmann und Jacobsen) und zitiert die Expertisen von Kleßmann, Eckert und Kowalczyk. Demgegenüber vernachlässigt er die anderen Termini und Definitionen aus den Öffentlichen Anhörungen und Expertisen (Jesse, Jander). Die inhaltliche Übereinstimmung zwischen der Eröffnungsrede und dem Abschlußbericht legt die Ver-

¹³⁴ Vgl. Heiko Braß: Enquete-Kommissionen im Spannungsfeld, S. 86.

¹³⁵ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 561 ff.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 561 f.

mutung nahe, daß die Entscheidung für bestimmte Termini schon von vorneherein festgestanden hat, beziehungsweise in 'informellen' Gesprächen von Teilnehmern der Berichterstattergruppe gefällt wurde, und widersprechende Auffassungen deshalb nicht integriert worden sind.

Die Tatsache, daß es speziell zum Thema Opposition (im Gegensatz zu anderen Themengebieten) kein Sondervotum gab, zeigt, wie wenig umstritten dieses Thema war: Das Sondervotum, in dem Parteien ihre abweichende Position darstellen können, ist der wohl offensichtlichste Beleg für den politischen Charakter der Enquete-Kommission.¹³⁷

Laut Armin Mitter¹³⁸ hatte selbst der PDS-Abgeordnete Dietmar Keller die Entscheidungen, Inhalte und Ergebnisse der Berichtserstattergruppe mitgetragen. Auf Druck der PDS habe er dann aber eine Gegendarstellung zum Gesamtbericht erstellt, die sich von seinen vorher geäußerten Ansichten erheblich unterscheidet: „Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht“¹³⁹. Dieses enthält jedoch keine Stellungnahme zur Opposition in der DDR. Sobald aber dieses Thema im Sondervotum anklingt, umgeht die PDS die Verwendung sämtlicher in Themenfeld VI genannten Begrifflichkeiten. Nur einmal fällt der Terminus „oppositionelle Kräfte außerhalb der SED“¹⁴⁰. Statt dessen werden Wörter aus der Alltagssprache verwendet, die dem oppositionellen Verhalten seine Schärfe nehmen sollen: „die Grundanliegen der DDR-Bevölkerung am Ende“¹⁴¹, „die nunmehr massiv außerhalb der SED zunehmenden Proteste“¹⁴² und der „17. Juni 1953 (...) als Höhepunkt der verbreiteten Ablehnung der DDR“¹⁴³. Da-

¹³⁷ Zu einer positiven Einschätzung des Sondervotums vgl. Wolfgang Schuller: Bericht der Enquete-Kommission, S. 740: Sondervoten seien einerseits parteipolitisch gefärbt, andererseits „ein wesentlicher, weiterführender Bestandteil der Diskussion“. Sie zeigten, „daß es selbstverständlich keine einheitlichen oder gar monolithischen Einschätzungen geben kann und daß die Sachverhalte noch keineswegs abschließend geklärt sind.“

¹³⁸ Gespräch vom 14.6.96.

¹³⁹ Das Sondervotum der PDS ist hinter dem Bericht abgedruckt, vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 680 ff. Keller bestreitet, daß die PDS Druck auf ihn ausgeübt habe - diese Aussage scheint jedoch zweifelhaft. Vgl. Lars v. Törne: Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte, a.a.O., Interview mit Dietmar Keller (Anhang).

¹⁴⁰ Materialien der Kommission, Bd. I, S. 702.

¹⁴¹ Ebenda, S. 699.

¹⁴² Ebenda, S. 702.

¹⁴³ Materialien der Kommission, Bd. I, S. 714.

durch werden Opposition und Widerstand in der DDR tabuisiert oder verharmlost - ein Beispiel dafür, wie mit Wörtern Geschichte manipuliert wird.

Schon einzelne Politiker und Sachverständige können die Berichterstellung beeinflussen. Werden im Idealfall die Arbeitsprotokolle der Kommissionsmitglieder vom Sekretariat oder direkt von der Berichterstattergruppe ausgearbeitet und anschließend von der Kommission nochmals überarbeitet, findet in der Praxis eine enge Kooperation zwischen einzelnen Kommissionsmitgliedern und dem Sekretariat statt. Nach Untersuchungen von Christian Metzger erstatten erstere Bericht über die Arbeitsergebnisse und betreuen die Berichterstellung des Sekretariats:

„Der Einfluß reicht von einer Korrekturtätigkeit bis hin zu einer inhaltlichen Änderung. Bei entsprechender Kooperationsbereitschaft der Mitglieder des Sekretariats kann auf diesem Wege die Meinung der Einzelpersonen an der Kommission vorbei in den Bericht einfließen. Denn die vom Sekretariat erstellten Entwürfe haben präjudizierende Wirkung für die Kommissionsberichte.“¹⁴⁴

Die Tatsache, daß der Bericht auf einem Konsens der Kommissionsmitglieder und der Zustimmung des Bundestages beruht, begrenzt allein noch nicht die Möglichkeit politischer Einflußnahme und verzerrter Darstellungen. Denn einerseits kann sich das Bemühen um einen Konsens inhaltlich kontraproduktiv auswirken, wenn deshalb Probleme verborgen oder bagatellisiert, der Erkenntnishorizont eingengt oder Gestaltungsalternativen ausgeblendet werden.¹⁴⁵ Andererseits wird der Konsens durch Aushandlungsprozesse zwischen den Kommissionsmitgliedern und Parteien erzielt, so daß sich durch gegenseitige Zugeständnisse politische Meinungen dennoch im Bericht niederschlagen können. Dies macht sich vor allem dann bemerkbar, wenn der Bericht, wie im vorliegenden Fall, kurz vor der Bundestagswahl verabschiedet wird: „Gegen Ende der Beratungen, konkret am Ende des Berichts, macht sich durch gewisse Schärpen der beginnende Bundestagswahlkampf bemerkbar.“¹⁴⁶

¹⁴⁴ Christian Metzger: Enquete-Kommissionen, S. 120 f.

¹⁴⁵ Vgl. Wolfgang Ismayr: Enquete-Kommissionen, S. 39.

¹⁴⁶ Vgl. Wolfgang Schuller: Bericht der Enquete-Kommission, S. 738: Der Autor bewertet das positiv: „Das schadet dem Gesamtbericht schon deshalb nicht, weil das gesamte Unternehmen ja nicht als wissenschaftliches gedacht war, sondern nur die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Gegenstand lenken und Anregungen für weitere Forschung geben wollte.“